contraste

zeitungfürselbstorganisation

420 36. JG. 4'50 EUR SEPTEMBER 2019 contraste.org

NACHRICHTEN Skandalös: Aktivist von »Büchel atomwaffenfrei« wurde verurteilt. 3

PROJEKTE Das KanTe-Kollektiv verbindet die Themen Umwelt, Technik, Mensch und Gesellschaft. 5

BEWEGUNG Lust auf Theorie: Eine solidarische Kritik des MOVE Utopia. 6

BILDUNG 100 Jahre Volkshochschule: Was ist aus der Bewegung geworden? 14

KLIMASCHUTZ ALS FRAGE DER GERECHTIGKEIT

▲ Der »Climate March« im April 2017 in Washington DC Foto: Marc Dixon / flickr.com

▲ Globale Perspektive aus die Klimakrise Foto: Edward Kimmel / flickr.com

Mehr als ein Umweltproblem

Lange galt die Klimakrise als »grünes« Thema, die Antworten waren mehr Umweltschutz oder nachhaltiger Konsum. Zwar ging es auch um einen Systemwandel, aber im Mittelpunkt stand die Forderung nach »Degrowth«, einer Abkehr vom unendlichen Wirtschaftswachstum. Schon seit den 1980er Jahren entstand jedoch unter Graswurzelbewegungen im globalen Süden und Norden die Forderung nach Klimagerechtigkeit, die auch soziale Aspekte miteinbezieht.

REGINE BEYSS UND BRIGITTE KRATZWALD

Während reiche Menschen tendenziell mehr Ressourcen verbrauchen und mehr CO_2-Ausstoß verursachen, leiden ärmere Menschen mehr an den Folgen, das gilt sowohl innerhalb der reichen Länder des globalen Nordens als auch zwischen Nord und Süd. Diese Ungleichheit hat sich mit der Klimakrise noch verschärft. Im Verhältnis zum globalen Süden, wo die Auswirkungen der Klimakrise bereits jetzt die Existenzgrundlagen vieler Menschen zerstören, wird schnell klar, dass das Problem wirklich an der Wurzel, nämlich dem kapitalistischen System, gepackt werden muss und genau das ist der Zugang der Klimagerechtigkeitsbewegung.

Sie betrachtet den Klimawandel nicht nur als Umweltproblem, sondern vor allem als eine komplexe Frage der sozialen Gerechtigkeit. Klimawandel ist das Produkt eines Wirtschaftssystems, das vom Wachstum als Selbstzweck besessen ist und Umweltzerstörung und soziale Ungleichheit gleichermaßen hervorbringt. Rassismus und Klassendiskriminierung sind untrennbar mit dem Klimawandel verbunden. Diese Themen können nicht ignoriert werden. Das betrifft nicht nur die Diskrepanz zwischen Verursacher*innen und jenen, die die Hauptfolgen tragen, das betrifft auch die Möglichkeiten, mit den Folgen umzugehen. So kann man auf der Webseite der Organisation »Earthlink« lesen:

»Rein topografisch sind die Niederlande dem Meer weitaus stärker ausgeliefert als Bangladesch. So liegen große Teile des deutschen Nachbarstaats unterhalb des Meeresspiegels. Im Falle einer Sturmflut könnten 60 Prozent der Niederlande überflutet werden. Dank hocheffizienter Deich- und Hochwasserschutzsysteme wird das aber nicht passieren, selbst bei Anstieg des Meeresspiegels ist das Land gut gewappnet. Anders ist die Situation in Bangladesch, das im Delta dreier großer Flüsse und zu weiten Teilen nur knapp oberhalb des Meeresspiegels liegt. Weil sich das bettelarme Land ein aufwändiges Schutzsystem nicht leisten kann, sind die Küstenbewohner*innen Sturmfluten und dem Anstieg des Meeresspiegels schutzlos ausgeliefert.«

Im Schwerpunkt finden sich Beiträge zur Klimagerechtigkeit aus dem globalen Norden und dem Süden. Auf Seite 9 werden die Zusammenhänge zwischen sozialer Ungleichheit und Klimawandel an Hand des Beispiels von Flugverkehr aufgerollt und Perspektiven einer sozial-ökologischen Transformation entwickelt, auf Seite 10 folgt ein Interview mit zwei Aktivist*innen der Gruppe »Klimagerechtigkeit Kassel«. Beiträge aus dem globalen Süden finden sich auf den Seiten 11 und 12, wo auch die Notwendigkeit der Kooperation zwischen den Graswurzelbewegungen aus Nord und Süd betont wird.

AKTION AUTOFREI

Aktivist*innen blockieren den Autokonzern VW

Mit gleich zwei öffentlich wirksamen Aktionen haben Aktivist*innen der »Aktion Autofrei« im August den Autokonzern VW blockiert. Sie forderten unter anderem, die Profitgier der Autoindustrie zu stoppen – und damit Mensch und Umwelt zu schützen.

REGINE BEYSS, REDAKTION KASSEL

Auch nach zwölf Stunden hatte es die Polizei noch nicht geschafft, alle Lock-Ons der Aktivist*innen zu entfernen, mit denen sie sich am 13. August an die Schienen der Gleiszufahrten zum VW-Werk in Wolfsburg gekettet hatten. Laut einer Pressemitteilung der Aktionsgruppe waren technische Einheiten der Polizei mit einer Lore, SEK, zwei Boote der Wasserschutzpolizei, Wasser- und Schifffahrtsverwaltung, die Feuerwehr mit Boot, Notarzt und Rettungsdienst, ein Räumfahrzeug und Polizist*innen aus Lüneburg, Salzwedel, Braunschweig und Hannover im Einsatz. Der Autozug gab daher schon früher auf und fuhr am Abend wieder zurück ins Werk. Erst kurz vor Mitternacht waren die Schienen wieder frei.

In der Eingangshalle der Autostadt, eines VW-Vergnügungsparks, hatten Aktivist*innen zudem eine Metallkonstruktion in Form eines Globus an der Decke besetzt. Sie übernachteten dort und luden am nächsten Tag zu einer Pressekonferenz ein.

»Mit unserer Aktion wollen wir das Betteln um mehr Klimaschutz im Verkehrsbereich beenden. Die Seilschaften von Politik und Konzernen sind weder willens noch in der Lage, die nötigen Schritte zu einer Wende einzuleiten.« Petitionen, Appelle und rein symbolische Aktionen reichten bei weitem nicht aus, so die Aktivist*innen.

Die Aktion wendete sich auch gegen Elektroautos. Deren Einführung würde nur den Ausstoß von Luftschadstoffen verändern. Alle anderen Nachteile wie Flächenverbrauch und Unfalltote blieben erhalten. Elektro-Autos seien sogar deutlich schwerer und in der Produktion noch rohstoffintensiver als bisherige Autos.

Durch ihre Aktionen konnten die Aktivist*innen zeigen, wie wenige Menschen ein großes Echo erzeugen können, das die dringend zu führende gesellschaftliche Debatte zum Umgang mit Klimakrise und der notwendigen Verkehrswende ankurbelt: »Wir werten die Aktion als vollen Erfolg und freuen uns auf neuen Wind für mehr Aktionen.«

Mehr Infos und Bilder von den Aktionen unter: https://autofrei.noblogs.org

INHALTSVERZEICHNIS

NACHRICHTEN SEITE 3
URTEIL »BÜCHEL ATOMWAFFENFREI«
MEZOPOTAMIEN VERLAG

PROJEKTE SEITE 4
NAVARINOU PARK, ATHEN
AG BERATUNG

PROJEKTE SEITE 5
KOLLEKTIV FÜR ANGEPASSTE TECHNIK

BEWEGUNG SEITE 6
MOVE UTOPIA

GENOSSENSCHAFTEN SEITE 7
TECHGENOSSEN EG, MÜNCHEN
FUTURE FIT COMPANY

THEORIE SEITE 8
ZUR GESCHICHTE DER KIBBUZIM-BEWEGUNG

SCHWERPUNKT SEITE 9
KLIMAGERECHTIGKEIT UND FLUGVERKEHR

SEITE 10
KLIMAGERECHTIGKEIT KASSEL

SEITE 11
KLIMAWANDEL ALS FLUCHTURSACHE

SEITE 12
KLIMAGERECHTIGKEITSBEWEGUNG IN AFRIKA

BIOTONNE SEITE 13
WIDERSTAND GEGEN MERCOSUR-ABKOMMEN

BILDUNG SEITE 14
100 JAHRE VOLKSHOCHSCHULE
VEGANE MENSA IN BERLIN

REZENSIONEN SEITE 15
KONSUMKRITISCHE PROJEKTE
SPONTIS DER 70ER JAHRE
FAIRER HANDEL GLOBAL
KEIN TAG OHNE
VOM NEUEN »WIR«

TERMINE SEITE 16
KLEINANZEIGEN, IMPRESSUM

Contraste ist offen für Beiträge von Euch. Redaktionsschluss ist immer fünf Wochen vor dem Erscheinungsmonat. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende. Das Redaktionsselbstverständnis ist nachzulesen unter:

www.contraste.org/redaktionsselbstverständnis.htm

contraste abonnieren!

Standard-Abo (Print oder PDF) zu **45 Euro** jährlich

Kombi-Abo (Print+PDF) zu **60 Euro** jährlich

Kollektiv-Abo (fünf Exemplare) zu **100 Euro** jährlich

Fördermitgliedschaft mind. **70 Euro** jährlich, für juristische Personen (Betriebe, Vereine, usw.) mind. **160 Euro** jährlich

EIne **Fördermitgliedschaft** bedeutet, Contraste finanziell zu unterstützen. Daraus resultieren keine weiteren Verpflichtungen.

Der **Förderbetrag** kann steuerlich geltend gemacht werden.

Bestellen unter: **abos@contraste.org**

Schnupperabo

(läuft automatisch aus, keine Kündigung nötig):
3 Ausgaben **7,50 Euro** (bei Lieferung ins europäische Ausland **10 Euro**)

BERICHT VOM SOMMERPLENUM

▲ V.l.n.r.: Hubi Cramer, Mannheim; Kai Böhne, Göttingen; Eva Schmitt, Kassel; Regine Beyß, Kassel; Ariane Dettloff, Köln; Heinz Weinhausen, Köln; Uli Frank, Sprockhövel; Hans Wieser, Klagenfurt; Brigitte Kratzwald, Graz. Foto: Christine (KoWA)

PRODUKTIV IN DER PUPPENFABRIK

ARIANE DETTLOFF UND HEINZ WEINHAUSEN, REDAKTION KÖLN

Im Winter angekündigt, ist sie im Sommer erblüht: die neue Contraste-Homepage. Regine, Eva und Karen aus Kassel hatten überlegt, diskutiert und gestaltet und stellten ihr Ergebnis dem Plenum vor. Alle waren begeistert. Nun ist unsere Homepage zum einen übersichtlicher gegliedert, zum anderen das Einstellen neuer Artikel viel einfacher.

Wir tagten diesmal im thüringischen Waltershausen. Dort hat die Kommune »KoWa« die letzte erhaltene Puppenfabrik vor 16 Jahren erworben und wieder belebt. Heute leben dort 15 Menschen und es sollen mehr werden. Christine führte uns durch die denkmalgeschützten teils liebevoll renovierten Gebäude. Das riesige Gelände wird genutzt, um Holz zu lagern, Jungpflanzen zu züchten und Gemüse anzubauen. Es bietet zudem noch reichlich Platz für Camps wie etwa das »Rebellische Zusammentreffen«. Auch wir konnten die Gastfreundschaft der Kommunard*innen genießen und besonders deren hervorragende Kochkünste.

Acht Redakteur*innen und ein Contraste-Leser der ersten Stunde tagten unter Schattenbäumen. Neue Schwerpunktthemen und Artikel wurden ersonnen. Mit dabei: alternativer Karneval und »Architecture for a broken Planet«. Eine Übersicht findet ihr online. Eine neue Rubrik von Kai Böhne startet im Oktober: Briefmarken aus aller Welt zu interessanten politischen Themen und Persönlichkeiten. Die Finanzen sind bescheiden – wir hoffen weiterhin auf eure wunderbare Unterstützung.

Unser Winterplenum und Mitgliederversammlung findet vom 16. bis 19. Januar 2020 bei der Sozialistischen Selbsthilfe (SSM) in Köln statt. Dort feiern wir dann am Samstagabend unser 35-jähriges Contraste-Jubiläum. Dazu laden wir herzlich ein – mehr dazu in der Oktoberausgabe.

Unsere neue Webseite ist da!

Was lange währt, wird endlich gut: Nach unserer Sommerpause geht nun unsere neue Webseite an den Start. Wir freuen uns, dass wir euch jetzt ein modernes Design präsentieren können, das nicht nur die Lesbarkeit unserer Artikel verbessert, sondern die Seite insgesamt übersichtlicher macht und besser strukturiert.

Auf der Startseite werdet ihr Texte und Bilder aus unserer aktuellen Ausgabe finden. Anhand unserer Rubriken könnt ihr euch zu bestimmten Themen durchklicken. Im Archiv könnt ihr euch Artikel aus älteren Ausgaben anschauen, bald auch unser umfangreiches pdf-Archiv.

Auf der Termin-Seite sammeln wir für euch Veranstaltungen rund um das Thema Selbstorganisation. Und ihr bekommt auch einen Einblick in unsere Redaktionsarbeit. Bei Fragen rund um euer Zeitungsabo oder (Klein-)Anzeigen findet ihr schnell Antworten und Ansprechpartner*innen.

Gerne könnt ihr unsere Webseite verlinken und an Freund*innen und Bekannte empfehlen. Die einzelnen Beiträge lassen sich nun auch wunderbar in den sozialen Medien verbreiten!

Link: contraste.org

AKTION 2019

CONTRASTE vor der Zahlungsunfähigkeit?

Liebe Leser*innen,

der geldliche Sommer-Sonnenschein hat uns mit 476 Euro an Spenden gewärmt, vielen Dank. Aber zum gewünschten Sonnenbrand kam es nicht. Nun winkt die Zahlungsunfähigkeit am Horizont, etwa für die Druckrechnung unserer Zeitung. Bis Mitte September brauchen wir deshalb zusätzliche 1.100 Euro an Spenden in der Kasse, bis Mitte Oktober nochmals. Um zahlungsfähig zu bleiben, brauchen wir noch 2.228,33 Euro, die uns für die Aktion 2019 noch fehlen. Wie schön wäre es für uns, wenn ihr engagierten Leser*innen uns wieder mal über den Berg helfen würdet. Bei uns ehrenamtlichen Redakteur*innen ist die Begeisterung nämlich weiterhin groß, stets von Neuem im Alten zu berichten. Gerade auch jetzt, wo mit Fridays for Future eine sehr beachtenswerte selbstorganisierte Bewegung entstanden ist. Die Klimakatastrophe vor Augen fühlen und wissen immer mehr Menschen: So wie es ist, kann es nicht bleiben.

Ein tolles Zwischenhoch gibt es bei den Abos zu vermelden. Gleich 15 befristete Geschenkabos wurden bestellt, elf davon über den Verein freiabos.de, der Menschen in Haft mit Lesestoff unterstützt. Vielen Dank. Nach einem Jahr laufen diese Abonnements wieder aus und werden dann wohl ein Minus für die Abobilanz bedeuten. Aber wir können ebenso auf dauerhafte Abos hoffen: drei kamen dazu, wie auch zwei Fördermitgliedschaften mit 70 und 100 Euro. Ein Abo und eine Fördermitgliedschaft wurden gekündigt.

Am 20. September steht der FFF-Klimastreiktag an. In vielen Städten wird dann demonstriert. Gut so. Dies ist auch eine gute Gelegenheit, die Contraste für ein oder zwei Euro an Spende weiterzureichen und so bekannter zu machen. Liebe Leser*innen, liebe Unterstützer*innen: Einfach bis zu 50 Werbeexemplare gratis bestellen.

Gerne würdigen wir unsere Spender*innen durch Namensnennung, schreibt dazu bitte im Verwendungszweck »Name ja« oder sendet eine E-Mail an abos@contraste.org.

Aus der CONTRASTE-Redaktion grüßt

Heinz Weinhausen

Wir danken den Spender*innen

R.S.	10,00
D.G.	200,00
P.M.	200,00
L.C. +M.L.	16,00
K.A.	50,00

Das Zeitungsprojekt CONTRASTE benötigt noch **2.228,33 Euro**

Spendenticker »Aktion 2019«

68,17% finanziert **4.771,67** Euro Spenden **2.228,33** Euro fehlen noch

Spenden für CONTRASTE **CONTRASTE E.V.** **IBAN DE02508900000051512405** **BIC GENODEF1VBD**

BÜCHEL ATOMWAFFENFREI

Urteil gegen Versammlungsleiter

Wenn dieses Urteil Bestand hätte, wäre das Versammlungsrecht schwer beschädigt. 70 Tagessätze Strafe verhängte Amtsrichterin Neuerburg am Amtsgericht Cochem (Mosel) gegen Ernst Ludwig Iskenius von der IPPNW (Internationale Ärzte zur Verhütung eines Atomkriegs) am 26. Juni 2019, weil er als Versammlungsleiter einer angemeldeten Mahnwache vor dem Atomwaffenstützpunkt Büchel am 18. Juni 2018 »nicht verhindert« hatte, dass andere dort ein Tor zum Atomwaffenstützpunkt Büchel blockierten.

ARIANE DETTLOFF, REDAKTION KÖLN

▲ Mahnwache vor dem Amtsgericht Cochem Foto: Carsten Orth

Im Rahmen der »IPPNW-Woche« während der Aktionspräsenz 2018 gegen die US-Atomwaffen in Büchel hatte Ernst-Ludwig Iskenius eine Mahnwache vor dem Haupttor des Bundeswehr-Luftwaffengeschwaders 33 angemeldet. Mit Bannern und Plakaten demonstrierten fünf Menschen gegen die von hier ausgehende Atomkriegsgefahr. Denn täglich üben hier deutsche Soldaten im Rahmen der sogenannten Nuklearen Teilhabe, Atombomben abzuwerfen. Die Zufahrt zum Atomwaffenlager war durch das Militär mit einem Bauzaun abgesperrt worden, um zu verhindern, dass Aktivist*innen das Gelände betreten könnten. Den Verkehr hatte die Polizei durch ein anderes Tor umgeleitet.

Nach ca. eineinhalb Stunden beendeten die Protestierenden ihre Kundgebung. Ernst Ludwig Iskenius löste die Versammlung auf und verließ den Ort des Geschehens. In deutlich zeitlicher Versetzung zur zuvor beendeten Mahnwache setzten sich Aktivist*innen zunächst vor das von der Polizei offen gehaltene Lutzerather Tor, das dann geschlossen wurde. Von dort brach dann in eigener Verantwortung spontan eine neunköpfige Gruppe auf, um das nun geöffnete Haupttor zu blockieren. Mit dieser Blockade wollten sie ihrem Protest und Widerstand gegen die widerrechtlich hier stationierten Atombomben und gegen die deutsche atomare Teilhabe Ausdruck verleihen.

»Es handelte sich um zwei voneinander unabhängige ganz verschiedene Protestformen«, erklärte der Angeklagte in seiner Einlassung vor Gericht. »Während Mahnwachen informieren und appellieren und in der Regel – wie auch im vorliegenden Fall – angemeldet werden, geschehen Aktionen Zivilen Ungehorsams wie etwa Blockaden naturgemäß unangemeldet. Die Teilnehmenden handeln dabei eigenverantwortlich und stehen zu ihrer Verantwortung dafür und möglichen Konsequenzen.«

Iskenius erklärte diesen gewaltfreien Widerstand vor dem Gericht als angemessen, um den völkerrechtswidrigen Betrieb zu unterbrechen: »Dass solche Aktionen sinnvoll sind und zu Veränderungen der aufgezeigten Unrechtssituation führen, beweisen die vielen Konfliktherde auf der Welt; Hongkong und Sudan sind nur jüngste Beispiele. Aber auch in demokratischen Staaten ist Ziviler Ungehorsam in solchen Fällen wie Klimawandel und Atomwaffengefahr nicht nur sinnvoll und angemessen, sondern dringender denn je. Politische Entscheidungsträger fangen erst dann an, umzudenken. Wenn es nicht seit 2015 die Aktionen von Ende Gelände gegeben hätte, wäre der Braunkohleausstieg, den viele Fachleute bis dahin vergeblich gefordert hatten, noch längst nicht so weit.« Allerdings: Er selbst habe in dem zur Verhandlung stehenden Fall keinen Zivilen Ungehorsam geleistet, sondern sei seinen Aufgaben als Versammlungsleiter der Mahnwache nachgekommen.

Die Richterin sah die Sache anders: Seine Aufgabe sei es auch gewesen, nach Auflösung der Versammlung darauf hinzuwirken, dass alle Beteiligten den Versammlungsort verlassen, so dass ein hypothetisches Blockieren eventuell verhindert werden könnte. Die Unterstützer*innen im Publikum trauten kaum ihren Ohren. Ein derartiges Urteil soll wohl davor abschrecken, überhaupt noch eine Versammlung anzumelden? Denn wie soll ein*e Versammlungsleitende*r andere dazu bringen, einen Ort zu verlassen? Wie soll er*sie diese gegebenenfalls daran hindern, zivil ungehorsam zu agieren? Würden blockierende Akivist*innen ihm*ihr brav gehorchen? Wohl kaum. Es war ja auch der am Aktionsort anwesenden Polizei nicht gelungen, die Blockade zu verhindern.

Ernst Ludwig Iskenius kommentierte das Urteil mit den Worten: »Wenn man als Versammlungsleiter für alles verantwortlich gemacht wird, was irgendwie im Umfeld der angemeldeten Versammlung geschieht, dann kann man in Zukunft gar nichts mehr anmelden.« Auf jeden Fall werde er gegen dieses Urteil Berufung einlegen.

Insgesamt hat es wegen Teilnahme an Aktionen des Zivilen Ungehorsams in Büchel im Amtsgericht Cochem bisher 53 Verurteilungen zu Geld- und sieben zu Freiheitsstrafen, drei Verfahrenseinstellungen und zwei Freisprüche gegeben.

Für sie gilt durchweg die Aussage der friedenspolitischen Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag Kathrin Vogler: »Nicht der gewaltfreie Widerstand gehört auf die Anklagebank, sondern die völkerrechtswidrigen Atomkriegsübungen in Büchel. Ich fordere die Bundesregierung auf, den Beschluss des Bundestages zum Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland endlich umzusetzen. Als Zeichen gegen den drohenden atomaren Rüstungswettlauf sollte die Bundesrepublik außerdem dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag beitreten.«

Die Autorin ist Mitglied der DFG-VK.
Link: www.buechel-atomwaffenfrei.de

MELDUNGEN

Medienwochenende für Aktivist*innen

Die Welt besser machen – aber wie? An guten Ideen mangelt es oft nicht – aber wie setze ich sie um, damit sie auch gehört und gesehen werden? Die Linke Medienakademie (LiMA) bietet euch am 28. und 29. September zwei Weiterbildungstage mit fünf spannenden Workshops. Die Teilnehmenden lernen, wie man gute Pressearbeit macht, mit dem Handy professionelle Videos filmt, politische Kampagnen wirksam anschiebt und dann noch an das nötige Geld kommt.

Alle Workshops und Anmeldung auf: https://www.linkemedienakademie.de/lima19/

»City Plaza« in Athen geräumt

Wie »neues deutschland« Anfang Juli berichtete, übergaben die Betreiber*innen des besetzten Hotels »City Plaza« in Athen die Schlüssel an die ehemaligen Hotelangestellten. Sie kamen damit einer Räumung zuvor. Das Projekt wurde über Griechenland hinaus als das »Beste Hotel Europas« bekannt. Seit der Besetzung im April 2016 wohnten durchgängig rund 400 Geflüchtete dort. Die aktuellen Bewohner*innen konnten in anderen Häusern untergebracht werden. Getragen wurde das Projekt von solidarischen Strukturen vor Ort sowie von einer Vielzahl von Spender*innen weltweit.

Hausprojekt in Brandenburg

Die Hausprojektgruppe Allerhand will in Strausberg (Brandenburg) ein solidarisches, feministisches und antifaschistisches Hausprojekt bauen. Das Gelände wurde schon entprivatisiert und nun braucht es nur noch genug Direktkredite zur Realisierung. Geplant ist ein Haus für 30 Menschen. Das Herzstück werden jedoch öffentliche Räume für Veranstaltungen und Vernetzung sein, um dem Rechtsruck (in Brandenburg) gemeinsam mit den bestehenden Strukturen vor Ort nachhaltig etwas entgegenzusetzen.

Infos unter: https://allerhand-projekt.de

GEPLANTE WIEDERVERÖFFENTLICHUNG BESCHLAGNAHMTER BÜCHER

Solidarität gegen Zensur

Mitte Februar wurde der kurdische Mezopotamien Verlag in Neuss vom Bundesinnenminister Horst Seehofer verboten, ebenso wie der benachbarte MIR Musikvertrieb. Beiden wird unterstellt, Unterorganisationen der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) zu sein. Nun haben sich drei Verlage aus Deutschland, Österreich und der Schweiz für die Herausgabe der »Edition Mezopotamya« zusammengetan, um die wichtigsten deutschsprachigen Titel wieder zugänglich zu machen. Contraste beteiligt sich als eine von vielen solidarischen Mitherausgeber*innen.

PETER STREIFF, REDAKTION STUTTGART

Der Mezopotamien Verlag hat Bücher in verschiedenen Sprachen zu kurdischer Geschichte, zur kurdischen Frauenbewegung, die Schriften von Abdullah Öcalan sowie Romane, ein Sprachlehr- und ein Wörterbuch, Kinderbücher usw. veröffentlicht. Außerdem hat der Verlag viele Bücher auf türkisch und kurdisch aus anderen Verlagen vertrieben, darunter viele Klassiker der Weltliteratur.

Keines der Bücher des Mezopotamien Verlags ist in der Vergangenheit in Deutschland verboten oder auch nur in irgendeiner Weise beanstandet worden – weder das bekannte Öcalan-Buch »Jenseits von Staat, Macht und Gewalt« noch die Autobiografie der Kurdin Sakine Cansiz mit dem Titel »Mein ganzes Leben war ein Kampf«. Dennoch wurden die Bücher am 12. Februar tonnenweise beschlagnahmt, ebenso die Bücher aus den anderen Verlagen – so dass sie für den Buchhandel und die Leser*innen nicht mehr erreichbar sind. Das werten Vertreter*innen solidarischer Verlage »als Zensur durch die Hintertür«.

Die wichtigsten der deutschsprachigen Titel des Mezopotamien Verlags sollen nun als »Edition Mezopotamya« von den drei Verlagen Unrast (D), Mandelbaum (A) und Edition 8 (CH) neu aufgelegt und für den Buchhandel bis zur Frankfurter Buchmesse im Oktober 2019 wieder verfügbar gemacht werden. Unterstützt werden sie dabei von der »International Initiative Edition« und dem Antiquariat Walter Markov. Um mit dem Projekt ein deutliches zivilgesellschaftliches Signal der Solidarität aufzuzeigen, konnten als symbolische Mitherausgeber*innen bisher mehr als 70 weitere Verlage, Buchhandlungen sowie Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens gewonnen werden. Auch Contraste beteiligt sich als solidarische Mitherausgeberin.

Finanziert werden soll das Projekt aus Spenden. Die Anzahl der tatsächlich wieder aufgelegten Titel wird von der Höhe des zur Verfügung stehenden Betrages abhängig sein. Aus dem Buchverkauf rücklaufendes sowie ggf. überschüssiges Geld soll einem Solidaritätsfonds für die Prozesskosten des Mezopotamien Verlags und des MIR Musikvertriebs zur Verfügung gestellt werden. Denn die beiden Verlage unternehmen selbstverständlich rechtliche Schritte gegen ihr Verbot.

Infos:
Spenden an Verein z. Förderung kurdischer Kultur
IBAN: DE78 4306 0967 1011 1214 00
Verwendungszweck: Ed. Mezopotamya
Vorschau der wieder veröffentlichten Bücher:
www.unrast-verlag.de/news

ANZEIGE

NAVARINOU PARK

Gärtnern als Therapie

Der Park im linken Szene-Viertel Exarchia ist wohl das bekannteste bestehende, mittlerweile zehn Jahre, selbstverwaltete Projekt Griechenlands, insbesondere nach der vorrausschauenden Selbsträumung des »City Plaza« (siehe Meldung auf Seite 3). Das Stück Land im Herzen des alternativen Stadtteil Exarchias hat eine bewegte Geschichte hinter sich.

ANJA LENKEIT UND DAVID KLÄSSIG, KÖLN

1907 wurde auf dem Gelände eine Klinik errichtet, welche bis 1972 in Betrieb war. Einige Jahre nach der Schließung erwarb die griechische Ingenieurskammer (TEE) das Gelände. Diese riss in den 80er Jahren das Klinikgebäude ab, um dort ihre Zentrale zu errichten, die Neubebauung fand jedoch nie statt. In den 90er Jahren erwarb die Stadtverwaltung das Gelände, es sollte ein öffentlicher Platz entstehen – doch auch diese Idee konnte auf Grund einer geänderten Bauordnung nicht umgesetzt werden. So verpachtete die Stadt das Gelände schließlich und es wurde ein privater kommerzieller Mietparkplatz errichtet. Der Pachtvertrag lief im Jahre 2008 aus und die Verwaltung entwickelte den Plan, entgegen einer Ankündigung vor den Olympischen Sommerspielen 2004 die Stadt »grüner« zu gestalten, auf dem Gelände ein Bürogebäude zu errichten.

Als Anwohner*innen und Aktivist*innen auf die Pläne aufmerksam wurden, informierten sie die Öffentlichkeit, vernetzten sich und forderten eine Begrünung des Geländes. In Exarchia gibt es unterhalb des Berges Lykavittós keine Grünanlagen, in ganz Athen sogar pro Einwohner nur 2,5 qm Grünfläche. Zum Vergleich: In Köln sind es 230 qm, in Berlin 150 qm. Es sollte ein öffentlicher Raum für alle entstehen und nicht eine weitere private Fläche, von der nur Wenige profitieren.

Da ihre Forderungen ungehört verhallten, nahmen Aktivist*innen am 7. März 2009 Presslufthämmer, Spitzhacken und ihr Schicksal selbst in die Hand, besetzten den Park, entfernten den Beton in mühevoller Arbeit, brachten Erde und Pflanzen. Die Staatsgewalt sah der Besetzung nicht stillschweigend zu. Die Aktivist*innen erlebten im ersten Jahr massive Polizeieinsätzen und Verhaftungen – die Vorstrafen waren sechs Jahre gültig, wie uns der Aktivist Makis berichtete, der selbst verhaftet wurde. Die Aktivist*innen haben kostenfreie Filmabende, Konzerte oder Kinderprogramme angeboten, um mehr Menschen für den Park zu interessieren und Unterstützer*innen zu werben.

▲ **Symbol für Selbstorganisation: Das große Graffito am Parko Exarchia in Athen.**

Foto: Klässig/Lenkeit

Durch das Engagement der Aktivist*innen ist ein Gemeinschaftspark entstanden, der sich von herkömmlichen öffentlichen Parks insbesondere durch die Möglichkeit zur Partizipation unterscheidet. Die Anwohner*innen und Aktivist*innen aus anderen Stadtteilen können diesen Raum nach ihren eigenen Bedürfnissen gestalten. An den offenen Versammlungen kann jede*r teilnehmen.

Dies ist relevant, denn bei den Nachbarschaftsaktivist*innen komme es auch zu Problemen, erzählte uns die Aktivistin Maria. Auf der einen Seite werde der Stadtraum zurückerobert, in dem Plätze dem Gemeinwohl umgewidmet würden. Dies stoße insbesondere in monetär schlechter gestellten Nachbarschaften auf Zustimmung, hier würden schnelle und effektive Aktionen akzeptiert. Anderseits kann in Stadtteilen, wie Kolonaki, die Kolorierung grauer Stufen durch Aktivist*innen schon zu Konflikten führen, da sich die Nachbar*innen nicht miteinbezogen fühlen, wobei dies bei, im Grunde illegalen Verschönerungsaktionen, schwierig umzusetzen ist.

Aufgrund der fehlenden kommunalen Finanzierungsmöglichkeiten hätten die Stadtteilregierungen anderer Viertel bereits die Anwohner*innen aufgerufen, sich selbstorganisiert um die öffentlichen Parks zu kümmern. Wo früher investiert wurde, sei es heute häufig verwahrlost, aber die »urban gardening community« sei über mehrere Stadtteile vernetzt. Die Krise habe die Menschen langsam verändert, berichtete Maria: »Und zwar hin zum Postmaterialismus. Es werden Workshops zum nachhaltigen Anbau angeboten. In der Krise ist das Gärtnern zu einer Art Therapie geworden.«

Während des zehnjährigen Bestehens ist in dem einstigen Betonödland vieles entstanden. So sind neben Zierpflanzen, auch Nutzpflanzen angebaut worden. Somit »produziert« der Park seine eigenen Lebensmittel. Darüber hinaus ist der Park ein Raum für verschiedenste soziale Projekte: Neben Sozialküchen finden dort kostenfreie künstlerische und politische Filmvorführungen, Konzerte, Diskussionen und Veranstaltungen für Erwachsene und regelmäßige Angebote für Kinder statt. Zudem gibt es einen kleinen Spielplatz, der mittlerweile der einzige im ganzen Stadtteil ist. Dieser wird nach einer erfolgreichen Crowdfunding-Kampagne, bei der mehr als die selbstgesteckte Mindestsumme zusammenkam, nun um Spielgeräte, Basketballkörbe, Tischtennisplatten erweitert. Außerdem wird die Bewässerung verbessert, eine Parkbeleuchtung und ein Zaun installiert. Da der Park auf städtischem Eigentum entstanden ist, würde ein Pachtvertrag für die Aktivist*innen nicht in Frage kommen – der Park ist zurückeroberter Gemeinplatz.

Durch die polizeibefreite Zone kommt es zu massivem bandenmäßigem Drogenhandel, der laut Syriza-Mitgliedern gesteuert werde – Drogendealer würden in den Stadtteil gedrängt. Der neue Premierminister Kyrikas Mitsotakis erklärte bereits öffentlich, den Stadtteil im Herbst »zu säubern« – mithilfe von 2.000 Polizist*innen, welche von französischen Spezialeinheiten beraten werden sollen. Das akademische Asyl, welches seit den 1980er Jahren in immer abgeschwächterer Form gültig war, wurde vom Parlament vor der Sommerpause endgültig aufgehoben. Dies betriff auch und vor allem das »Polytechnio« angrenzend an Exarchia. Es bleibt abzuwarten, wie sich der Stadtteil und damit der Park unter der neuen konservativen Regierung entwickelt und wie die Anwohner*innen und Aktivist*innen auf Eingriffe reagieren.

Wir lernen reisend

Anja Lenkeit und David Klässig sind Sozialwissenschaftler*innen, die im Zuge mehrerer Forschungsreisen selbstorganisierte Projekte in Griechenland und Spanien besucht haben. Das Ziel war es, mit den Beteiligten über die Themen Soziale Bewegungen, Selbstorganisation und Institutionalisierung zu sprechen, um sich ein eigenes, ungefiltertes Bild zu verschaffen. Im Sinne der Projekte und der dahinterstehenden Philosophien sind sie zu dem Schluss gekommen, dass sie diese für alle interessierten Personen zugänglich machen möchten. Jeden Monat stellen sie in der CONTRASTE eines der Projekte vor.

Mehr auf ihrem Blog unter: https://www.wir-lernenreisend.wordpress.com

KOLLEKTIVE BERATUNGSSCHNIPSEL

Schiedlich…friedlich…?

AG Beratung

…auf das Kleingedruckte kommt es an

Am Anfang der AGBeratung stand der RGW – der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, eine Berliner Beratungsstelle, die seit 25 Jahren kollektive Projekte aller Art berät. Über die Jahre wurden die Mitglieder des RGW weniger und älter. Das angesammelte Wissen sollte aber nicht verloren gehen und so wurde Nachwuchs gesucht. Das neue Beratungskollektiv entwickelt seine eigene Struktur und Arbeitsweise, kann dabei aber aus dem Erfahrungspool 25jähriger Beratungsarbeit schöpfen. Diese Kolumne erzählt Geschichten aus dem Beratungsalltag.

www.agberatung-berlin.org

»Das haben wir so nie beschlossen!«, »Daran kann ich mich nicht erinnern!«, »Das haben wir doch selber nicht eingehalten!« oder »Das wäre jetzt völlig ungerecht!« – Wenn solche oder vergleichbare Sätze in Diskussionen vermehrt fallen, stehen grundlegende Widersprüche auf der Tagesordnung. Aus scheinbar nichtigen Anlässen entzünden sich gelegentlich heftige Kontroversen. Spätestens im Vorfeld unausweichlicher Veränderungen, z.B. bei Ausstiegen, Investitionsentscheidungen, Kollektivtrennungen oder finanziellen Schieflagen, treten Gegensätze in Gemeinschaften auf die Bühne des Geschehens. Gegensätze, die sich oft hinter den Rücken der Beteiligten gebildet haben und lange Zeit unerkannt bleiben. Nicht selten brodeln vorher Widersprüche schon lange Zeit für alle spürbar in der Gruppe. Doch niemand will sich an der »heißen Kartoffel« verbrennen oder wohlmöglich dadurch den ganzen Topf auskippen…

Solche Situationen sind Alltag und somit Lebensrealität in alternativen und selbstorganisierten Vorhaben. Leider wird darüber überhaupt nicht angemessen diskutiert oder berichtet, auch nicht in dieser Zeitung. Denn unsere Experimente bekommen erst ihre Standfestigkeit, wenn sie gelernt haben, diese Auseinandersetzung konstruktiv zu lösen. Und nicht maulig zu ertragen oder als unvermeidlich zu erdulden.

Auf diesem Hintergrund entstehen Kontroversen, die auch mit allem guten Willen und der ganzen Armada von Interventionstechniken nicht beizulegen sind. Wenn also Moderation, Mediation, Supervision, Beratung, Schlichtung und auch Meditieren wirkungslos geblieben sind, muss es trotzdem eine Entscheidung geben. Damit nicht alle Hoffnungen durch Stillstand beendet oder dem Prinzip der Durchsetzungsstärke bzw. dem Aussitzen geopfert werden.

Zunehmend verankern deshalb viele Gruppen in ihren Statuten, Satzungen oder Verträgen ein abschließendes Schiedsrichterliches Verfahren, wenn alle anderen Versuche versagt haben. Wir empfehlen durchgängig das Schiedsverfahren gleich bei Gründung zu implementieren und bei laufenden Projekten nachzubessern. Weil im akuten Streitfall keine Einigung mehr möglich ist, wird sehr frühzeitig eine Schiedsordnung festgelegt. Diese regelt den genauen Ablauf des Schiedsverfahrens im Ernstfall, also u.a. wie es einberufen wird, wer im Schiedsgericht sitzen soll, welche Beschlüsse oder Papiere als Grundlage dienen müssen, wann und wie schnell es durchgeführt wird und ob z.B. Einspruch gegen Schiedssprüche erlaubt ist. Wenn die Ausgestaltung und Durchführung den Regelungen der Zivilenprozessordnung § 1025 ff entsprechen, bekommt ein Schiedsspruch auf diesem Wege sogar den rechtlichen Rang eines Urteils, das durch ein Gericht nicht mehr aufgehoben werden kann. Es ist dann zwar nicht für das Straf-, Arbeits- und Wohnrecht u.a. rechtswirksam anwendbar, doch für alle anderen relevanten zivilrechtlichen Vereinbarungen, z.B. für Binnen- oder Kollektivverträge und GmbH- bzw.Vereinssatzungen. Nebenbei gesagt: Es ist der einzige Weg, den Gang vor den »Kadi« in Deutschland dauerhaft wirksam auszuschließen.

Nun, so ein Verfahren ist natürlich kein Allheilmittel, doch kann es unendliche Leidensprozesse kalkulierbar und absehbar abkürzen. Auch wenn der Preis hoch ist, die eigene Entscheidungshoheit in unbeteiligte, neutrale Hände von Dritten zu legen. Doch gerade weil das so ist, bemerken wir einen Nebeneffekt: Der absehbare Autonomieverlust mobilisiert häufig – oft buchstäblich in allerletzter Sekunde – enorme Einigungskräfte. Ein Schiedsspruch braucht gar nicht gefällt oder das ganze Verfahren gar nicht erst angerufen werden. Eine durchaus gewollte »abschreckende« Wirkung.

Unsere langjährigen Erfahrungen zeigen jedoch auch, dass so ein Schiedsverfahren allen Beteiligten viel abverlangt. Besonders die Schiedsrichter*innen müssen sich intensiv fachlich und sachlich einarbeiten ggf. durch externe Expertise. In einem Vorbereitungsseminar auf diese Aufgabe trat aber auch ein anderer Aspekt in den Vordergrund: neben der persönlichen Anforderung finale Feststellungen zu treffen: Es geht nicht darum, was ich selber für gut und vernünftig halte, sondern einzig und allein darum, was die Gruppe in ihren Grundlegungen für sich selber festgelegt hat. Womit wir bei der großen Bedeutung der Kollektivvereinbarungen bzw. Binnenverträge angelangt sind. Aber nicht mehr heute….

Wilfried Schwarz

KOLLEKTIVES ARBEITEN IN BERLIN

Für eine Technik, die sich anpasst

Das Kollektiv für angepasste Technik (KanTe) verbindet die Bereiche Umwelt, Technik, Mensch und Gesellschaft. Ob in theoretischen Seminaren, praktischen Workshops oder bei der Planung von Sanierungs- und Bauvorhaben – für die fünf Kollektivistinnen stehen Selbstorganisation, Empowerment und Herrschaftskritik immer im Vordergrund. Seit 2012 sind sie hauptsächlich in Berlin aktiv und sichern sich ökonomisch und sozial gegenseitig ab. Contraste-Redakteurin Regine Beyß sprach mit Maschinenbauerin Corinna über ihre Arbeit bei KanTe.

▲ Theorie-Input vom KanTe-Kollektiv im Interkulturellen Garten Wuhlegarten in Berlin-Köpenick: Wie funktioniert ein Kompost? Foto: KanTe

Was genau meint ihr mit »angepasster Technik«?

Wir sind der Meinung, dass Technik sich immer an die örtlichen Bedingungen anpassen sollte, also zum Beispiel an die Verfügbarkeit von Ressourcen, aber auch an die sozialen Begebenheiten, also zum Beispiel die Kompetenzen der Nutzer*innen. Wir wollen auch sichtbar machen, welchen Einfluss Technik auf die Umgebung hat.

Kannst du dafür ein Beispiel geben?

Ja, wenn wir eine Kompost-Toilette für einen Gemeinschaftsgarten bauen, dann schauen wir uns vorher dort um und suchen nach Materialien, die schon da sind und die wir nutzen können. Wir besprechen zusammen mit der Gruppe, welche Art von Toilette sinnvoll ist – es gibt da sehr viele unterschiedliche Varianten, je nachdem wie sie genutzt werden soll. Im Gegensatz zu anderen Betrieben verkaufen nicht einfach ein Standard-Konzept, das dann unter Umständen gar nicht benutzt wird, weil es für den konkren Anwendungsfall nicht passt.

Wie arbeitet euer Kollektiv? Wie kann ich mir den Arbeitsalltag vorstellen?

Wir sind im Moment fünf Leute und haben drei Arbeitsschwerpunkte: Bildung, Bauplanung und Ökoklo & Co. An einzelnen Projekten arbeiten wir meistens zu zweit. Bei unserem Plenum, das alle zwei Wochen stattfindet, tauschen wir uns über unsere aktuellen Projekte und auch soziale und private Themen aus. Wir sind selbstständig, wirtschaften aber zusammen, das heißt alle Einnahmen fließen zusammen und werden dann nach Bedarf verteilt.

Und funktioniert das gut?

Ja, bislang klappt das tatsächlich gut. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir eine ähnliche Vorstellung davon haben, was ein Bedarf ist und dass wir unsere Bedarfe gegenseitig transparent machen und nachvollziehen können. Manche von uns haben auch noch andere Einnahmequellen, um sich finanzieren zu können. Unsere ökonomische Situation ist stabil, wir waren noch nie in einer wirklich kritischen Lage – aber wir bewegen uns eher auf niedrigem Lohnniveau.

Prekär sind solche alternativen Arbeitsverhältnisse ja häufig. Wieso habt ihr euch denn trotzdem dafür entschieden, das KanTe-Kollektiv zu gründen? Wie kam es dazu?

Alle Gründungsmitglieder kannten sich vom Studium an der TU Berlin. Wir haben alle technische Studiengänge studiert und uns bei studentischen Projekten kennengelernt. Nach dem Studium hatten wir keine Lust auf normale Jobs, sondern wollten lieber in selbstorganisierten Strukturen arbeiten, die auch (umwelt-)politische Zusammenhänge miteinbeziehen und die technischen Komponenten mit sozialen Aspekten verbindeen.

Was hat dich persönlich an den Jobs im technischen Bereich gestört?

Ich habe Maschinenbau studiert und die Jobsuche läuft in diesem Bereich meist über riesige Jobbörsen von großen Unternehmen, die ganz klar hierarchisch organisiert sind. Es geht darum, die Karriereleiter hochzuklettern. Außerdem gibt es in diesen Unternehmen so gut wie keine kritische Reflexion über die Konsequenzen ihrer Produkte und Dienstleistungen. Auch in den Bereichen Windkraft oder Solarenergie wird kapitalistisch und oft sexistisch gedacht und niemand fragt, was wir mit unseren technischen Anlagen vielleicht zerstören. Ich wollte mitbeeinflussen, was mein Betrieb macht und dafür sorgen, dass es nicht nur darum geht, Geld zu verdienen.

In einem Kollektiv werden alle Entscheidungen gemeinsam getroffen. War das für euch ausschlaggebend?

Ja, im Grunde schon. Hier können alle selbst bestimmen, wie sie ihren Beruf ausleben möchten. Wir können entscheiden, welche Projekte wir angehen und auf welche Weise. Außerdem spielt für uns der ökonomische und soziale Zusammenhalt eine wichtige Rolle. Im Moment sind wir nur Frauen, das finden wir ganz gut so.

Welche gesellschaftlichen Themen lasst ihr in eure Arbeit miteinfließen?

Bei unseren Workshops und Seminaren rund um Umwelt- und Technik-Bildung bringen wir immer auch Kapitalismuskritik unter und machen zum Beispiel deutlich, warum wir so genannte »grüne Technik« für nicht ausreichend halten, um den Klimawandel oder die Umweltzerstörung aufzuhalten.

Bei der Bauplanung versuchen wir bei der Gruppe ein Bewusstsein dafür zu schaffen, den Prozess selbstorganisiert und solidarisch zu gestalten. Auf so einer Baustelle lässt mensch oft andere Leute für sich arbeiten – und mensch kann dafür sorgen, dass sie das gerne tun. Hier in Berlin haben wir auch viel mit dem angespannten Wohnungsmarkt zu tun. Es gibt nur wenige Häuser, die Gruppen für ein Hausprojekt kaufen können und wenn, dann läuft es auf hohe Mieten hinaus, weil der Kaufpreis so hoch ist. Mit diesem Thema müssen wir uns wohl oder übel immer wieder beschäftigen.

Beim Ökoklo & Co-Schwerpunkt geht es um ein Umdenken im gesamtgesellschaftlichen Kontext. An die Kanalisation angeschlossene Toiletten verschwenden viel Wasser und andere Ressourcen, zudem werden die Fäkalien so behandelt, dass die Nährstoffe nicht mehr genutzt werden können. In dem Bereich braucht es aber tatsächlich andere Gesetze, denn Trockentoiletten sind im Moment noch eine rechtliche Grauzone. Deshalb arbeiten wir daran, wissenschaftliche Belege zu liefern, dass es hygienisch machbar ist, Toiletten ohne Wasser zu betreiben sowie daran, ein Netzwerk zur Organisierung der »Trockentoiletten-Szene« aufzubauen.

Wie kommt ihr an eure Aufträge?

Das ist sehr abhängig vom jeweiligen Arbeitsschwerpunkt. Im Bildungsbereich sind es oft öffentliche Auftraggeber, wenn wir zum Beispiel Workshops an Schulen geben. Im Bereich der Ökoklos arbeiten wir im Moment eng mit einer Forschungseinrichtung zusammen und versuchen uns ein größeres Netzwerk aufzubauen. Für konkrete Bau-Workshops werden wir meistens von Gemeinschaftsgärten angefragt. Und in der Bauplanung – das sind dann Projekte mit einer Laufzeit von ein bis zwei Jahren – beauftragen uns emanzipatorische Hausprojekte aus Berlin und dem Umland.

Könnt ihr eure Honorare solidarisch verhandeln?

Wir haben da nicht so viel Spielraum, weil wir ja finanziell über die Runden kommen müssen. Wenn wir im Bauplanungsschwerpunkt mit Gruppen zusammenarbeiten, die ein relativ kleines Budget haben, können wir die Leute dazu befähigen mehr und mehr selber zu machen, anstatt uns zu bezahlen. Generell setzen wir unsere Pauschale aber etwas höher an und reduzieren sie dann nach Möglichkeit, um auf der sicheren Seite zu sein. Manchmal wird der Aufwand eines Projekts nämlich erst im Laufe der Zeit sichtbar, wenn z.B. noch schwierige Gruppenprozesse hinzukommen. Wir sind auch dazu bereit, einen Teil unserer Zeitkapazitäten für Soliprojekte – also honorarfrei – zu nutzen. Im Bildungsschwerpunkt ist uns vor allem wichtig, Lohndumping und Selbstausbeutung entgegenzuwirken. Dazu hat das Moderator*innen-Kollektiv Stuhlkreisrevolte eine tolle Argumentationshilfe erstellt, an der wir uns orientieren.

Unterstützt ihr die Gruppen auch bei Konflikten?

Das ist nicht unsere Aufgabe. Wir unterstützen natürlich bei allen Entscheidungen, die den Bau betreffen. Wir müssen uns dabei aber immer im Klaren sein, was unsere Rolle ist. Um schwelende Konflikte, die nur anhand der Bau-Entscheidungen ausgetragen werden, konstruktiv zu bearbeiten, sollte noch weitere Unterstützung ins Boot geholt werden. Unter Umständen muss der Bauplanungsprozess dann für eine Weile pausieren.

Das Kollektiv existiert jetzt seit sieben Jahren. Habt ihr das Gefühl, dass ihr euch inzwischen etabliert habt als Betrieb? Seid ihr ausgelastet mit Aufträgen?

Ja, im Grunde schon. Im Bereich Bauplanung könnten wir noch einen weiteren Auftrag gebrauchen. Hier dauern die Projekte ja immer etwas länger, daher nimmt auch die Etablierung, wie du es nennst, mehr Zeit in Anspruch. Ich glaube, wir könnten hier auch noch besser evaluieren und überlegen, wie wir mit Aufträgen umgehen und schneller mit der Gruppe eine gemeinsame Ebene finden.

In Berlin gibt es ja eine Vielzahl von Kollektivbetrieben. Hast du den Eindruck, dass wieder mehr Kollektive gegründet werden?

Ja, auf jeden Fall. Parallel zu der Startup-Euphorie wächst auch das Interesse an hierarchiearmer Selbstorganisation und -verwaltung. Wir bekommen viele Anfragen von Menschen, die bei uns mitmachen wollen, im Moment wollen wir aber nicht größer werden. Es wäre toll, wenn diese Menschen sich kennenlernen würden und eigene Kollektive gründen. Teilweise versuchen wir auch schon, die Einzelpersonen miteinander oder mit anderen Kollektivbetrieben zu vernetzen.

Seid ihr denn in engem Kontakt mit anderen Kollektiven?

Zum Einen sind wir Teil der Berliner Kollektivvernetzung. Wir treffen uns in der Regel einmal im Monat und tauschen uns aus. Manchmal organisieren wir auch gemeinsame Veranstaltungen, um das Arbeiten im Kollektiv sichtbarer zu machen, zum Beispiel bei der Wandelwoche Berlin-Brandenburg. Zum Anderen vernetzen wir uns mit anderen Baukollektiven, sowohl hier in Berlin als auch überregional. Besonders schön ist es, wenn wir dann auf einer Baustelle zusammen arbeiten.

Worüber tauscht ihr euch aus?

Es gibt einfach Themen, die sind so groß und so interessant, dass es sich lohnt, mit mehreren Leuten darüber nachzudenken. Wir wollen uns gern mit dem Thema Altersvorsorge beschäftigen. Wir denken, es ist wichtig darüber zu sprechen, weil wir oft prekär beschäftigt sind und keine Rücklagen bilden können. Dazu gehört auch die Frage: Was passiert, wenn eine*r ausfällt und längere Zeit nicht arbeiten kann? Eigentlich wollen wir das gerne auffangen – allerdings ohne den Staat an der Stelle vollends entlasten zu wollen. Es geht da ja um ein gesamtgesellschaftliches Thema.

Links: kante.info, www.kollektiv-betriebe.org

ANZEIGE

Gen-ethischer Informationsdienst (GID) Nr. 250 || Kritische Wissenschaft – Forschen, Reflektieren, Diskutieren || August 2019 || Einzelausgabe 8,50 Euro

www.gen-ethisches-netzwerk.de

EINE SOLIDARISCHE KRITIK DES MOVE UTOPIA

Lust auf Theorie

Vom 11. bis 14. Juli fand in Harzgerode das MOVE Utopia statt, ein Experimentierfeld für eine »Welt nach Bedürfnissen und Fähigkeiten«. Es wurde zum Treffpunkt unterschiedlicher Menschen und Gruppen, die eine Utopie eint: ein Leben jenseits des Kapitalismus. Innerer und äußerer Wandel, Bewusstseinsentwicklung und strukturelle Machtfragen treffen dort aufeinander. Simon Sutterlütti, der das Commonsbarrio beim MOVE mitgestaltet hat, formuliert eine solidarische Kritik.

SIMON SUTTERLÜTTI, KEIMFORM

▲ Wieder wurden die unterschiedlichsten Themen bei den Workshops beim MOVE Utopia behandelt. Foto: MOVE Utopia

Auf das MOVE Utopia kommen viele Menschen, die links anpolitisiert sind. Ihre Kritik des Kapitalismus ist nicht klar, ebenso wenig ihre Transformationsperspektive oder ihre Utopie. Sie verstehen sich häufig als links, aber was dieses »links« ist, ist unklar. Das ist voll okay und sogar zuerst mal gut, da es eine Offenheit und Anschlussfähigkeit zeigt. Inhaltlich kann links aber verschieden gefüllt werden. Linke Kapitalismuskritik bedeutet oft »die Herrschenden Kapitalist*innen sind das Problem« oder »die Gier der Menschen« oder »der Zins«, seltener findet sich eine wirklich fundierte Kapitalismuskritik, die Ware, Tausch, getrennte Privatproduktion, Arbeit und Staatlichkeit kritisiert. Linke Utopie bedeutet »Gemeinwohlökonomie«, »soziale Marktwirtschaft + bedingungsloses Grundeinkommen«, »Staatliche Planungswirtschaft« bis zu »Commonismus und Inklusionsgesellschaft«. Linke Transformation kann dann von »sozialen Kämpfen bis zum Kommunismus«, »Revolution«, »staatlichem Reformismus«, »Commons kleinklein« bis zum Konstruktionsprozess commonistischer Beziehungen zusammen mit sozialen Kämpfen und »transpersonalem Commoning« alles bedeuten.

Das Problem ist: Vor fast all diesen verschiedenen Kritiken, Utopien und Transformationsstrategien kann ich Yoga machen, meditieren, mich in »transparenter Kommunikation« üben, meinen Körper kennenlernen und Vulva-Workshops machen. Man macht Yoga und glaubt der Zins ist das Problem, man lernt seinen Körper kennen und glaubt das individuelle Loslassen der Gier ist zentral. Individueller Wandel ist mit sehr vielem vereinbar. Aber auch kollektive Praktiken von Gemeinschaften, Kommunen, Yoga-Retreats, Commons können innerhalb verschiedener Theorien zu Kapitalismus, befreiter Gesellschaft und Revolution existieren.

Irgendwie links

Linke Positionen sind beim MOVE eher ein Hintergrundrauschen. Es existiert ein linkes kulturelles Milieu. Die Menschen entscheiden sich nicht bewusst für bestimme Positionen, sondern fühlen, denken und sprechen »irgendwie links«. Und genau in diesem »irgendwie« liegt die Gefahr. Viele Menschen die auf dem MOVE waren, finden wahrscheinlich auch eine Kritik des Kapitalismus voll okay, wo die Gier des Menschen zum Problem erklärt wird. Oder die Utopie einer sozialen Marktwirtschaft mit bedingungslosen Grundeinkommen.

Das linke Hintergrundrauschen ist zu einem gewissen Grad austauschbar. Diese Austauschbarkeit drückt sich in einer »Nicht-Position« bzw. Offenheit aus. Viele Menschen sind offen für verschiedenste Formen der Kritik. Sie haben keine klaren Positionen. Eine Person auf dem MOVE meinte zu mir: »Ich hab mit Menschen diskutiert und es fühlte sich manchmal so an, als würde ich mit einem Wackelpudding sprechen: Ein bisschen war es egal welche Utopie, Kritik oder Transformationsidee ich vertrat, die Menschen stimmten mir bereitwillig zu und nickten zufrieden.« Auch wenn die Wackelpuddingmetapher uns Menschen nicht gerecht wird, kann ich das Gefühl nachvollziehen: Nicht-Position fühlt sich verbindend und schön an, schafft aber auch eine gefährliche Offenheit. »Wer zu allen Seiten offen ist, kann nicht ganz dicht sein«. Theorie ist nämlich überhaupt nicht egal. Ist die Gier der Menschen das Problem, dann zielt meine Praxis auf die Beseitigung dieser Gier. Ist die ungerechte Verteilung des Reichtums das Problem, dann mach ich halt sozialdemokratisches Blabla.

Das MOVE hätte die Aufgabe dieses »irgendwie links« zu qualifizieren, zu fundieren. Wir sollten darauf zielen eine gemeinsame Diskussion über Kritik, Utopie und Transformation zu führen, anstatt dass diese Positionen nur so nebeneinander stehen, und den Streit scheuen. Begriffe und Positionen schärfen sich in Abgrenzung. Ich wünsche mir, dass Menschen, die auf dem MOVE waren, beim nächsten Yoga-Retreat der Person, die sie in der Pause über die Gier des Menschen und »weibliche und männliche Energien« zutextet, die Meinung geigen, Position beziehen und diese auch argumentieren können.

Theorie praxisrelevant machen!

Als Commons Institut sind wir auf das MOVE gefahren, um Inhalte und Theorie hineinzutragen. Aber wann wird Theorie für Menschen wichtig? Die Fish Bowl mit Ernst Lohoff und Friederike Habermann am Freitagabend war für mich und andere inhaltliche spannend, aber für viele Menschen war sie abschreckend. Sie wiederholte genau die Form der Theorie, von der sie sich ausgeschlossen fühlten, die abstrakt scheint, wirklichkeitsfern. Dies hat sowohl mit Form, als auch dem Inhalt der Theorie zu tun.

Von der Form her kann Theorie zu kompliziert sein, zu viele Fachbegriffe verwenden, zu komplexe Sätze enthalten. Das schließt aus und erzeugt ein Gefühl des Nicht-Genügens, im schlimmsten Fall des »Ich bin zu blöd dafür« im besseren, aber ebenso ärgerlichen Fall »Das ist nichts für mich«. Doch auch der Inhalt der Theorie kann ausschließen. Mich interessieren eine Unmenge an theoretischen Fragen, von Hegels Erkenntnistheorie, Arendts Glücksbegriff, Foucaults Machtkonzept, Adornos Kunsttheorie, Butlers Subjektbegriff – Warum? Weil sie für mich wirklichkeitsrelevant sind. Sie verändern mein Denken über Wirklichkeit, sie lassen mich die Welt mit anderen Augen sehen. Und das heißt: Sie verändern meine Praxis. Ich beziehe mich dann anders auf die Welt, auf mich, auf meine Mitmenschen. Ich handle dann anders in der Welt. Für mich hat eine Unmenge an Theorie Praxisrelevanz. Für andere Menschen nur sehr wenig. Ich mache nur Theorie, um anders handeln zu können, ich mache nur Theorie, um handlungsfähig zu werden.

Es gibt auch Theorie, die für mich irrelevant bzw. weniger relevant ist. Es gibt Theorie, die für mich zu »abstrakt« ist. Beispielsweise sehe ich es einfach nicht so richtig ein, warum ich mich darum streiten soll, was Marx nun mit Fußnote 163 im zweiten Band des Kapitals genau gemeint hat. Für andere Menschen hat das Relevanz, das finde ich beeindruckend. Ich kenne auch eine etwas verselbständige Lust an Theorie – es kann auch geil sein, zu versuchen Thomas Hobbes zu verstehen, einfach weil es geil ist Thomas Hobbes zu verstehen und Schluss. Aber ich glaub selbst das ist auf meine Handlungsfähigkeit gerichtet. Ich bleibe lieber bei den Fragen die mich direkter handlungsfähiger machen: »Was ist die befreite Gesellschaft?«, »Wie kommen wir dahin?«, »Wie gehen wir mit der Klimakrise um?«

Stimmt diese Theorie, dass die Frage nach Handlungsfähigkeit zentral ist für das Interesse an Theorie, dann wäre die entscheidende Fragen an die Theorie: Macht diese Theorie mich handlungsfähig? Hilft sie mir? Da wir auf Befreiung abzielen, wäre die konkretere Frage an Theorie: Macht diese Theorie mich verallgemeinert handlungsfähig? Kann ich mich selbst mit ihr besser verstehen und den Commonismus erreichen? Ich frage mich, welche Art von Veranstaltungen wir machen würden, wäre dies die leitende Frage unsere Pädagogik. Welche Theorie würden wir anbieten? Wie würden wir diese vermitteln?

Theorie als Kopf der Leidenschaft

Theorie wird für Menschen relevant, wenn sie glauben, durch sie handlungsfähig zu werden. Aber, wenn Menschen sich schon handlungsfähig fühlen, dann brauchen sie keine Theorie. Der Wunsch nach Theorie kommt aus einer Unzufriedenheit mit den möglichen Handlungsoptionen, aus einer Frustration der Handlungsfähigkeit, er ist von einer Suche nach neuer Handlungsfähigkeit getrieben. Wer glaubt, dass er alles richtig macht, braucht keine Theorie. Er*sie hat dann wohl die richtige Theorie, da er*sie ja schon offenbar richtig handelt. Kein theoretischer Bedarf feststellbar. Und ich hab solche Menschen auf dem MOVE getroffen, vor allem männliche Hippies, die voll Zufriedenheit durch die Welt stolzierten mit der festen Einstellung: »Ich bin wohl das Beste, was der Welt und den Menschen um mich herum so passieren konnte«. Mich frustrieren Menschen, die glauben alles richtig zu machen. »Theorie ist nicht die Leidenschaft des Kopfes, sondern der Kopf der Leidenschaft«, sie kommt aus Leiden, aus Streben, aus Suchen, nicht aus Selbstgenügsamkeit und Selbstbeschäftigung. Oder zumindest sollte sie daraus kommen. Wenn ich mir die Uni so ansehe, dann machen das Gros der Wissenschaftlerinnen Theorie wohl nur aus Anpassung, als Diener*innen des Kapitalismus, um ihre Stellen zu halten, um zu verstehen, warum nun Hannah Arendt so gedacht hat, oder um die Herstellung von Dünger zu optimieren. Eine kritische, emanzipatorische Theorie kommt aus einer revolutionären Frustration, aus der Einsicht, dass das, was ich tue nicht ausreicht, um ein gutes Leben für mich und für alle zu ermöglichen.

So kann es sein, dass Theorie zuerst frustrieren muss. Sie kann aufzeigen, dass das, was ich tue nicht zu dem führt, was ich will. Sie kann den Widerspruch zwischen Ziel und Handlung offenlegen – und damit zur Suche anstiften, zum Streben anregen, zur Theorielust bewegen. Eine solche Lust auf Theorie wünsche ich dem nächsten MOVE.

Dieser Text ist zuerst erschienen auf: keimform.de/2019/lust-auf-theorie/

ANZEIGE

KUBA
Sanktionen durchbrechen, individuell!
Privatunterkunft nahe Hotel Habana Libre
Familiär, Alltagsanschluss, TouristGuide
Gerne auch WhatsApp
Tel. +53 5 266 8099 oder +49 160 93425476

TECHGENOSSEN EG, MÜNCHEN

Softwarelösungen mit Sinn

Technik ist nie neutral. Während das Internet und digitale Technologien die Welt nachhaltiger machen könnten, dienen sie derzeit in erster Linie Aktionären. Dass es auch anders geht, wollen neun Freelancer aus der IT-Zunft unter Beweis stellen. Im Dezember 2018 gründeten sie die Techgenossen eG.

VICKY EICHHORN, MÜNCHEN

▲ Bei den Techgenossen gilt: Erst reden, dann coden. Foto: Jürgen Olbricht

Bereits im Sommer 2015 wagen drei der Gründer/innen eine Vorentscheidung: Sie wollen gemeinsam als Selbstständige an nachhaltigen, zukunftsfähigen und vor allem sinnstiftenden IT-Projekten arbeiten - und davon den Lebensunterhalt bestreiten. Damit waren die Techgenossen aus der Taufe gehoben.

IT-Freelancer sein ist schwieriger, als es gemeinhin den Anschein hat. Sie müssen sich in immer neue Teams einarbeiten, wegen der Scheinselbstständigkeit Acht geben und benötigen eine teure Betriebshaftpflichtversicherung. Gleichzeitig geraten sie schnell in quasi-weisungsbefugte Situationen, tragen das unternehmerische Risiko allein und werden in Ballungsgebieten wie München im Stundensatz nicht selten nach unten korrigiert. Durch die genossenschaftliche Organisation fallen einige Unwegsamkeiten weg. Was bleibt, sind die Vorteile des selbstbestimmten Arbeitens: kein Chef, keine Weisung, geteilte Ressourcen und Infrastrukturen. Obendrein sind die Techgenossen als Team eingespielt und ausfallsicher.

Soli-agil, lean und pull

Jeder Techgenosse versteht sich als Worker Owner. Gleichzeitig haben sie für die Zusammenarbeit verschiedene Prozesse ausprobiert und Workflows experimentiert. Bewährt haben sich folgende Prinzipien:

1. Soli-agil: Solidarisch im eigentlichen Wortsinne meint »füreinander einstehen«. Das wollen die Techgenossen für sich selbst, die Umwelt und ihre Geschäftspartner. Agile Methoden wie Kanban und Retrospektiven helfen dabei. Denn im agilen Manifest heißt es nicht ohne Grund »people over process«.
2. Lösungsorientiert und lean-startup: Ist eine Produktentwicklungsmethode. Sie zielt darauf ab, so ressourcenschonend und so effizient wie möglich Produkte zu entwickeln oder zu betreiben. Dabei wird hypothesenbasiert vorgegangen: erforschen, testen und versuchen, Nutzerbedürfnisse zu verstehen, bevor gecodet wird.
3. Pull-Prinzip: Es gibt keinen Chef und somit auch niemanden, der einem sagt, was zu tun ist. Folglich entsteht alles aus intrinsischer Motivation, sei es die Ausformulierung der Satzung, die Organisation der Meetings oder das Schreiben von Blogartikeln.

Die Quintessenz: Bei den Techgenossen wird ebenso viel diskutiert und hinterfragt wie programmiert. Das ist gut so. Denn derart wird gewährleistet, dass der Einzelne auf dem richtigen Weg ist und so ressourcenschonend wie möglich agiert. Gemäß der Kaizen-Methode ist dabei nichts in Stein gemeißelt. Vielmehr wandeln sich die Prozesse und selbst gegebenen Regeln je nachdem, was die konkreten Situationen erfordern. Schritt für Schritt treten so Verbesserungen ein. Entschieden wird dabei immer gemeinsam. Bei Uneinigkeit wird systemisch konsensiert.

Partner auf Augenhöhe

Im Herbst 2015 halfen die Techgenossen dem Bayerischen Rundfunk bei der Produktentwicklung und beim sogenannten Prototyping der Ankommen-App, der erfolgreichsten digitalen Hilfe für Geflüchtete. Auch heute, vier Jahre später, nimmt die Softwareentwicklung für Partner das operative Gros im Genossenschaftsalltag ein. Neben namhaften Partnern wie Ökotest oder utopia.de sind es vor allem kleinere Genossenschaften wie ver.de für nachhaltige Entwicklung eG, Transition eG sowie Initiativen wie das Volksbegehren Artenvielfalt in Bayern, mit denen die Techgenossen zusammenarbeiten.

Dabei gilt: Mindestens zwei Genossen des neunköpfigen Teams müssen von einer Projektanfrage überzeugt sein. Außerdem muss das Projekt aus dem Nachhaltigkeitsumfeld kommen oder sinnstiftend sein. Für jede Tätigkeit berechnen die Techgenossen denselben Stundensatz, sei es Design, Text und Konzeptarbeit, SEO oder Programmierung. Denn jede »Technik« ist gleich viel wert.

Gleichwohl ist das nicht für jeden geeignet. Auftraggeber, die lediglich IT-Kräfte für die Umsetzung benötigen, werden mit den Techgenossen nicht glücklich. Die Techgenossen sagen auch nein und denken mit. Aufgrund der agilen Arbeitsweise produzieren sie keine Kostenvoranschläge, sondern arbeiten in Modulen und Iterationen. Das gewährleistet Transparenz für die Partner, da sie jederzeit sehen, wer woran arbeitet und warum etwas seine Zeit dauert. So entsteht Vertrauen und eine gleichberechtigte Zusammenarbeit zum Wohle des jeweiligen Produkts.

Einen Sonderfall stellt Process Gardening dar. Die Software erfüllt alle Techgenossen-Kriterien, weil sie Prozesse und Wissensmanagement neu denkt, nämlich aus Mitarbeitersicht. Sie gehört der GmbH von Dr. Mario Schubert. Dieser ist selbst Techgenosse. Insgesamt lassen sich also verschiedene Formen der Zusammenarbeit finden.

Mit Software die Welt retten?

Vom Stundensatz der Partnerarbeit behält die Genossenschaft 15 Prozent ein. Dies ist für die gemeinsame Infrastruktur, Betriebshaftpflicht und dergleichen, aber auch, um eigene Projektideen zu verwirklichen. Denn die Kür neben der gemeinsamen Selbstorganisation und der Arbeit an sinnvollen Partnerprojekten sind die internen digitalen Ideen.

- Selfix-Manifest: Progressive Entscheidungshilfe für mehr Nachhaltigkeit im Leben.
- Lunch-o-Mat: Unkonventionelles Mitarbeiter-Tool.
- Gruppenentscheidung: Kostenfreies Tool zum systemischen Konsensieren, einer basisdemokratischen Entscheidungsfindungsmethode.
- Lingua Love: Sprachen lernen mit der Birkenbihl-Methode.

Diese Produkte beinhalten kein wachstumsorientiertes Geschäftsmodell. Die Techgenossen bauen und betreiben sie trotzdem. Denn eines ist nicht egal: warum Software entwickelt und betrieben wird. Software, die entwickelt wird, um Geld zu verdienen, ist anders als Software, mit der aus innerer Überzeugung Mensch und Umwelt ein klein wenig geholfen werden soll.

Überblick über Kreativ-Prozesse und Denkwerkzeuge

»Das kleine Handbuch der Innovationsmethoden« von Florian Rustler ist ein Werkzeugkasten verschiedener Kreativwerkzeuge. Sie lassen sich abhängig vom Bedarf unterschiedlich nutzen. Die Methoden selbst sind kurz und systematisch beschrieben und mit einer visuellen Darstellung ergänzt. Wichtig für die Erwartungen: Ein Werkzeugkasten enthält Werkzeuge, beinhaltet aber keine ausführlichere Lern- und Umsetzungsanleitung.

Zum schnellen Nachschlagen ist das Buch hervorragend geeignet. Es gibt einen guten Überblick über verbreitete Methoden vom einfachen Brainstorming bis zum Design Thinking. Wer im Kreativbereich Workshops durchführt und mit Gruppen arbeitet, für den oder die lassen sich viele der erläuterten Kreativitätstechniken unmittelbar nutzen. Zum Anwenden für Neulinge oder auch die Umsetzung einzelner komplexerer Konzepte, die bisher noch nicht mit Eigenerfahrungen verbunden sind, bleiben die Ausführungen oft zu knapp.

Brainwriting, SWOT-Analyse, Business Model Canvas und Mindmapping werden gleich umfangreich und als in etwa gleichwertig dargestellt. Dies entspricht nicht den Erfordernissen. Sie unterscheiden sich voneinander wie Kugelschreiber, Schreibmaschine und 3D-Drucker. Auch wird man auf Basis des Buches nicht zum Kreativitätsexperten. Es vermittelt wichtige Anhaltspunkte, die zum weiteren Recherchieren anregen. Insofern ist das Buch für alle besonders empfehlenswert, die Kreativität für Innovationen fördern wollen.

Florian Rustler: Denkwerkzeuge: Das kleine Handbuch der Innovationsmethoden, 10. Aufl., Zürich (Midas Management Verlag) 2019, 304 S., 20 Euro

BUCHBESPRECHUNG

Trainingspläne für Wege zum selbstorganisierten Arbeiten

Im Mittelpunkt der Veröffentlichung Future Fit Company stehen Trainingspläne für Genossenschaften, selbstorganisierte Projekte und kleine Unternehmen. Sie lassen sich mit deren Hilfe neu für eine nachhaltige Zukunft aufstellen - während das Tagesgeschäft weiterläuft. Zahlreiche bewährte Methoden für Partizipation und Innovation sind anschaulich erklärt: Welche Werkzeuge sind wann die richtigen? Wie funktionieren sie? Was gibt es zu beachten und welche Fehler sind zu vermeiden? Eine gute Hilfe für innovative Organisationsentwicklung.

BURGHARD FLIEGER,
REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Wer genervt von ergebnislosen Meetings ist, wer das Gefühl hat, in einer Informationsflut am Arbeitsplatz unterzugehen und doch nicht wirklich informiert zu sein, sollte einen Blick in das Buch Future Fit Company werfen. Hier lassen sich Anregungen für wesentliche Verbesserungen finden. Zu Beginn der 50-seitigen Einführung geht es um die vielfältigen Anforderungen in der heutigen Arbeitswelt. Anschließend wird erläutert, dass sich jedes Unternehmen in vier sogenannte Räume unterteilen lässt - den individuellen, den zwischenmenschlichen, den strukturellen und den operativen Raum. Getrennt nach diesen vier Bereichen werden Trainingspläne vorgestellt. Sie enthalten Werkzeuge und Methoden, wie mit den wichtigsten aktuellen Herausforderungen des jeweiligen Raumes umzugehen ist.

Transformation der Arbeitswelt

Bei den Trainingsplänen geht es um die Themen »Innovativer werden«, »Schneller werden«, »Unternehmerisches Denken fördern«, »Interne Zusammenarbeit verbessern« sowie »Im Kampf um die jungen Talente bestehen«. Das Buch ist mit dreifarbigen (schwarz, weiß und eine Farbe pro »Raum«), einfach gehaltenen Abbildungen illustriert. Am Ende wird auf die Webseite des Buches mit downloadbarem Material verwiesen.

Die Publikation stellt moderne Konzepte der Organisationsentwicklung in den Mittelpunkt. Sie regt zu einer neuen Sicht auf die eigene Abteilung, das eigene Gemeinschaftsprojekt oder Unternehmen an. Eine eigenständige Anwendung der Methoden ist aber vermutlich selten möglich. Dies bedarf der professionellen Unterstützung von Coachs, Teamberatern oder Supervisoren. Für alle, die in diesem Arbeitsfeld tätig sind, ob als Anbieter/in oder Auftraggeber/in, enthält die Veröffentlichung vielfältige Anregungen für die Transformation zu einer lebenswerteren Arbeitswelt.

Florian Rustler / Nadine Krauss / Jens Springmann / Daniel Barth / Isabela Plambeck: Future Fit Company. Individuelle Trainingspläne für Macher, Entscheider und Veränderer, Haufe-Lexware Verlag, Freiburg 2019, 311 S., 29,95 Euro

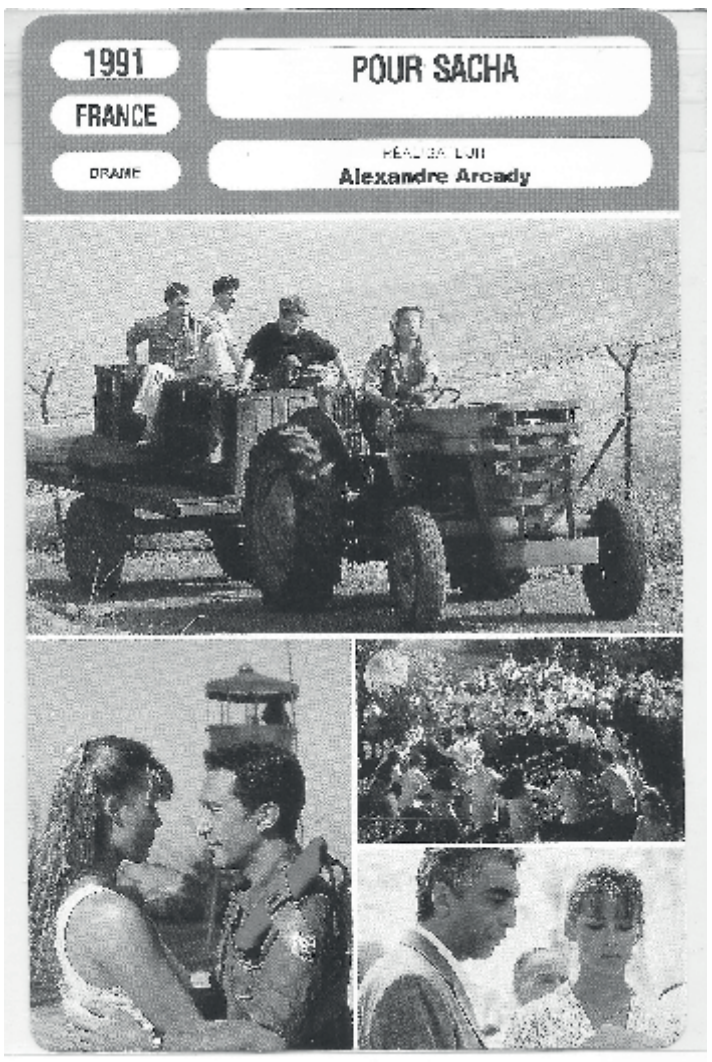
ZUR GESCHICHTE DER KIBBUZIM-BEWEGUNG

Eine Siedlung ohne Ausbeuter und Ausgebeutete

In einem Interview erklärte die amerikanische Feministin und anarchistische Science Fiction-Autorin Ursula K. LeGuin (»Planet der Habenichtse«), dass die Kibbuzim-Bewegung für sie eine wichtige Inspirationsquelle darstelle. Ebenso äußerte sich ein paar Jahre zuvor der deutsche Anarchist Augustin Souchy enthusiastisch in seiner Broschüre »Reise durch die Kibbuzim« zu jener Bewegung — und sah darin einen lebendigen Ausdruck libertären und anarchistischen Gedankengutes. Nicht zu unrecht. Kropotkins »Landwirtschaft« war eines der ersten Werke, die aus den Reihen der Kibbuzimbewegung ins Hebräische übersetzt wurden.

MAURICE SCHUHMANN, BERLIN

▲ Karrikatur des klassischen Israelis als Kibbuznik von Ephraim Kischon, entnommen aus »Pardon, wir haben gewonnen«, Ullstein Taschenbuch, 1993



▲ »Pour Sacha« – Romantische Verklärung des Kibbuzimlebens im französischen Spielfilm
Archivbild:: Maurice Schuhmann

Im Gegensatz zu den großen Leuchttürmen anarchistischer Geschichte wie der Pariser Commune, der Münchener Räterepublik oder dem spanischen Bürgerkrieg, die jeweils nur eine kurze Lebensdauer aufwiesen, existieren die Kibbuzim – wenn auch in (stark) gewandelter Form – bis heute. Vom libertär-sozialistischen Siedlungsgedanken ist allerdings nicht mehr viel übrig geblieben. Dennoch lohnt es sich, die Ursprünge und die Entwicklung jener Bewegung zu beleuchten, um Lehren daraus zu ziehen – auch wenn diese, wegen der historischen und geographischen Situation sehr spezifisch sind.

Als Definition für ein Kibbuz kann die folgende, der Satzung eines Kibbuz-Verbandes entnommene dienen:

»Der Kibbuz ist eine freie Vereinigung von Personen zum Zweck der Errichtung, Integration und Bewirtschaftung einer kollektiven Siedlung, die nach den Prinzipien von gemeinschaftlichem Eigentum an Grundbesitz, eigener Arbeit, Gleichheit und Zusammenarbeit in den Bereichen der Produktion, des Konsums und der Erziehung organisiert ist. Der Kibbuz ist eine eigenständige Siedlung. Der Kibbuz versteht sich als integraler Teil der Arbeiterbewegung in Israel, als Pionier des nationalen Neubeginns, und sein Ziel ist die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft in Israel, die auf wirtschaftlicher und sozialer Gleichheit basiert.«

Frühsozialistische Impulse

Im Jahr 1910 entstand im heutigen Israel das erste Kibbuz – Degania (dtsch. Kornblume). Degania wurde von zehn Männern und zwei Frauen gegründet. Es waren osteuropäische Juden und Jüdinnen, die vor dem Antisemitismus und mit dem zionistischen Traum auszogen. Baraz, einer der Gründer, schrieb in »Siedler am Jordan« über die Motivation vieler: »Vielleicht war das einfach eine Reaktion auf unsere Erziehung, vielleicht waren wir auch von der Lektüre der frühen Sozialisten und Tolstois beeinflußt.« Die Erfahrungen der frühsozialistischen Siedlungen sind auch indirekt in die Bewegung eingeflossen. Franz Oppenheimers Studie »Die Siedlungsgenossenschaft« (1896) bildete für die frühe Bewegung eine wichtige Referenz. Er selber war bei einem der ersten Kibbuzim mit dabei.

Bezüglich der Mitgliederzahl, die ja schon fast mythisch wirkt, erklärte Baraz mit Blick auf Degania weiter: »Im Jahre 1911 waren wir zwölf Menschen, zehn Männer und zwei Frauen. Diese Zahl ergab sich, weil wir sechs Männer zum Pflügen brauchten, zwei mußten Wache halten, einer war Rechnungsführer, und dazu ein Ersatzmann; die beiden Frauen taten die Hausarbeit.« Hier zeigt sich, dass noch nicht von Anfang an das Patriarchat überwunden war.

Arthur Koestler bemerkte später in seinem autobiographischen Text »Diebe in der Nacht« über Degania kritisch: »Degania, das die zwölf Begründer in selbstbewußt betonter Bescheidenheit nach der bescheidenen blauen Kornblume des Jordantals benannt hatten, war ihr gemeinsamer Ahne; ihre Mitglieder wurden als eine Art Kollektiv-Aristokratie angesehen; und die Kommune der Zwölf mit ihren Riesenpalmen und schattigen Alleen hatten in der Tat etwas Exklusives und gesättigt Patrizierhaftes.«

Bis 1920 kamen weitere hinzu. In den 20er und 30er Jahren entstanden zwei wichtige – einerseits ein politischer Verband (1927), andererseits ein Zusammenschluss religiöser Kibbuzim (1934). Die Bewegung war und ist natürlich sehr heterogen, so dass sich nur wenig allgemeingültig sagen läßt.

Diskussionswürdige und interessante Ansätze finden sich in Bezug auf:

1. die Abschaffung von Geld und Lohn in einzelnen Kibbuzim
2. die Einführung eines Einheitslohns für alle Kibbuzniks
3. basisdemokratische Strukturen, d.h. ein von unten nach oben aufgebautes Verwaltungssystem
4. alternative, an klassische libertäre Ansätze erinnernde Bildungsformen (z.B. integrale Erziehung)
5. Ablehnung von Privateigentum; Abschaffung von Bodenspekulation
6. Errichtung einer Gemeinschaft und ein Stück weit Abschaffung der klassischen Kleinfamilienstrukturen – u.a. durch Einrichtung von Kinderhäusern
7. Frauenemanzipation durch gleichberechtigte Teilnahme am Arbeits- und Gemeinschaftsleben

Die Umsetzung dessen wurde durch unterschiedliche Faktoren begünstigt. Es war eine recht homogene Gruppe von weitestgehend mittellosen Idealist*innen, denen vom Jüdischen Nationalfonds Land zur Verfügung gestellt wurde, die zudem von einer durch ihre Mitgliedschaft in der Jugendbewegung begünstigte Abenteuerlust getragen wurden. Zudem war die Größe überschaubar, so dass direktdemokratische Entscheidungsstrukturen leichter umsetzbar waren als heute. In einem Interview mit Kibbuzniks erklärte der jüdische Intellektuelle Martin Buber, der selber ein wichtiger Inspirator für die Bewegung war und auch das Gustav Landauer'sche Denken in die Bewegung einbrachte, dass ein Kibbuz nicht mehr als 400 Bewohner*innen haben dürfte. Bei dieser Anzahl sah er als gewährleistet an, dass jede*r jede*n zumindest vom Sehen her kennen könne. Bei größeren Kibbuzim mit bis zu 2.000 Bewohner*innen ist diese kritische Grenze um ein Vielfaches überboten.

Die Gründung der Kibbuzim hatte dabei zwei wesentliche Wurzeln – einerseits den erstarkenden Zionismus, der vor dem Hintergrund des in Europas verstärkt auftretenden Antisemitismus seinen Aufschwung erlebte, andererseits aber auch den jüdischen Sozialismus. Letzterer ist z.B. mit dem Namen David Aaron Gordon verbunden. Er vertrat einen nationalen, jüdischen Sozialismus, der sich u.a. durch die Negation des Klassenkampfs sowie die Betonung der Bedeutung der Arbeit auszeichnete. Gordon lebte bis zu seinem Tod in Degania und nahm hier, wie Baraz berichtet, auch eine Vorbildfunktion ein.

Bedeutung der Arbeit

Die Betonung der Arbeit bzw. Landwirtschaft hatte neben der rein praktischen Fokussierung auf die Sicherstellung der Ernährung auch eine ideologische Komponente. Die landwirtschaftliche Arbeit sollte auch zu einer emotionalen Verwurzelung und Verbindung zum Land führen. Es war dabei natürlich auch ein wichtiger Aspekt für die jüdische Emanzipation, da Juden lange Zeit in Europa eine landwirtschaftliche Tätigkeit aufgrund antijüdischer Gesetzgebung verwehrt worden war.

Dabei gab es natürlich auch stets – aus heutiger Sicht – kritische Aspekte. Die Pionierbewegung war extrem selektiv sowie an eine Probemitgliedschaft gebunden. Es wurden nicht alle Anwärter*innen akzeptiert. Das propagierte Menschenbild glich – wie auch das anderer sozialistischer Strömungen – einem Mannesbild, was wir heute eher mit völkischem Denken assoziieren. Weiterhin lassen sich der ebenso in anderen sozialistischen Strömungen jener Zeit anzutreffende Arbeitsethos sowie nationale im Sinne von nationalstaatlichen Bestrebungen finden.

Veränderung der Strukturen

Diese sehr spannende Experimentierphase wurde durch die politischen Rahmenbedingungen herausgefordert bzw. überfordert. Die massenhafte Einwanderung von unvorbereiteten, europäischen Flüchtlingen in Zeiten der Schoa, die Gründung des Staates Israel sowie die wirtschaftliche und militärische Einbindung in den neuen Staat schufen Notwendigkeiten, die die Abkehr von gewissen Werten verlangten. Der wirtschaftliche Bedeutungsverlust von Landwirtschaft als originärem Wirtschaftszweig der Kibbuzim sowie die zunehmende Individualisierung, die gerade den Nachwuchs und die jüngere Generation betrifft, tat den Rest.

Martin Buber bemerkte etwas lakonisch in einem späteren Text: »Die Kibbuzbewegung war in ihren Anfängen sehr wählerisch. Ausgewählt wurden Menschen, die willens, bereit und fähig waren, so zu leben. So wirkte die Pionierbewegung auf die Diaspora ein. Sie war von magnetischer Anziehungskraft für diejenigen Jugendlichen, die bereit waren, hier zu leben. So war es, bis die Weltgeschichte sich einmischte: Hitlers Aufstieg zur Macht und alles, was damit zusammenhing. Daraufhin setzte eine Massenwanderung ohne vorherige Auswahl ein.«

Die Verquickung von Kibbuz-Sozialismus und militärischer Verteidigung stellt dabei ein besonderes Feld dar. Einzelne Kibbuzim haben den Charakter von Veteranensiedlungen und wurden auch z.T. von diesen gegründet – z.B. das Kibbuz Sde Boker, in dessen Nähe auch David Ben-Gurion, Israels erster Ministerpräsident, beerdigt wurde. So wird in Degania auch ein Panzer als Symbol für die Geschichte des Staates Israel ausgestellt – und nicht als antimilitaristische Mahnung.

Spätestens seit Mitte der 70er Jahre haben die meisten der Kibbuzim ihre traditionellen Werte aufgegeben und ihre Strukturen grundlegend verändert. Zu diesen Veränderungen zählt u.a. der Bedeutungsverlust von Landwirtschaft, das ausdifferenzierte Lohnsystem und die Trennung von Arbeit- und Wohnstätte. Eine touristische Öffnung für Freiwillige hat bereits früher begonnen, die mit folkloristischer Darbietung vom romantisierten Kibbuzleben befeuert. Heutzutage leben ca. zwei Prozent der israelischen Bevölkerung in den knapp 280 Kibbuzim – z.T. durch zu hohe Mieten in den Großstädten bedingt.

Trotz der besonderen Bedingungen lassen sich sicherlich bei näherer Betrachtung allgemeine Schlussfolgerungen und Lehren ziehen, die auch für andere Kollektivprojekte hilfreich sind.

Website von Degania: http://degania.org.il/en/

Empfehlenswerter Einstiegstext in die Thematik: http://dadaweb.de/wiki/Kibbuzbewegung

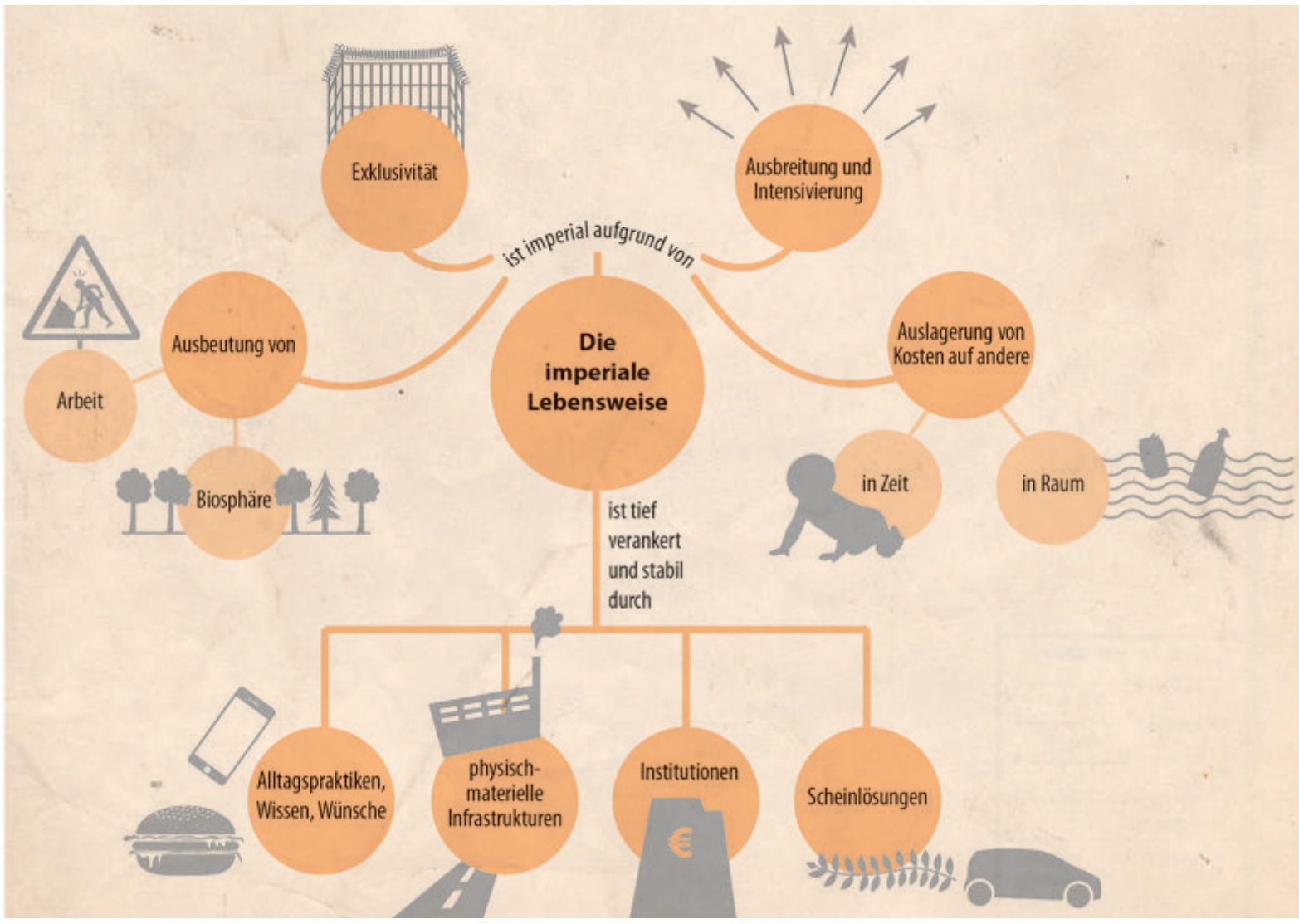
ANZEIGE

KLIMAGERECHTIGKEIT UND FLUGVERKEHR

»Wir lagern die Kosten unserer Lebensweise aus«

Die Klimakrise ist in aller Munde: Die Protestbewegung »Fridays for Future« wird von einer immer breiteren Basis getragen, von den »Parents for Future« bis zu den »Scientists for Future«. Doch während weder in Deutschland noch international konkrete Maßnahmen beschlossen werden und UNFCCC und G20 Gipfel ein ums andere Mal ungenutzt verstreichen[1], steigen die weltweiten Emissionen weiter an[2]. Die global ausgerichtete Klimagerechtigkeitsbewegung kritisiert, dass Ursachen und Folgen sich dabei sehr unterschiedlich auf der Weltkarte verteilen, wie u.a. das Beispiel des Flugverkehrs zeigt.

LAIMA EICKE, FRIEDERIKE HILDEBRANDT UND THOMAS KOPP



▲ Das Konzept der imperialen Lebensweise

Quelle: Auf Kosten Anderer? (2017) (Fußnote 13)

Noch immer werden 80 Prozent aller Treibhausgasemissionen von den G20 Staaten ausgestoßen[3]. Zunehmend treffen Dürren, Extremwetterereignisse und Wasserknappheit Länder des globalen Südens früher und stärker als den globalen Norden. Diese Folgen der Klimakrise sind eng verknüpft mit der Lebensweise einer sogenannten »Transnationalen Verbraucher*innenklasse«[4]. Das sind die meisten Menschen im Globalen Norden, sowie die Mitglieder der wirtschaftlichen Elite und einer wachsenden Mittelschicht im Globalen Süden, die auf Kosten anderer und der Natur leben.

Diese »imperiale Lebensweise«[5] ist von einem übermäßigen Rohstoffverbrauch geprägt, einer der Hauptursachen für die Klimakrise. Die imperiale Lebensweise lässt sich aufschlüsseln: Sie zeichnet sich durch die Ausbeutung von Arbeitskraft und Natur, die Exklusivität der Nutzung, die Intensivierung der Produktion und des Konsums und die Auslagerung der Kosten auf die Natur und zukünftige Generationen aus. Zudem wird sie durch das gesellschaftliche (Alltags)wissen und Wünsche, Infrastrukturen, Institutionen und Gesetze, sowie Scheinlösungen stabilisiert.

Die Perspektive der imperialen Lebensweise erlaubt nicht nur eine systematische Analyse – sondern sie zeigt auch, wo ihre Stabilität ins Wanken gerät und Lösungen ansetzen können. In Bezug auf die Klimakrise wird das insbesondere bei den Themenbereichen der Mobilität und des Flugverkehrs deutlich.

Klimagerechtigkeit und Flugverkehr

Im Transportsektor beruhen in Deutschland immer noch 94 Prozent des Energieverbrauchs auf Mineralölprodukten.[6] Das Prestigeprojekt Elektromobilität schreitet nur langsam voran. Und die größte Veränderung findet in der Nutzung des klimaschädlichsten Transportmittels statt: Des Flugzeugs. Zwischen 1990 und 2010 führte der zunehmende Flugverkehr zu einer Steigerung der Klimagasemissionen dieses Sektors um 70 Prozent.[7] Noch ist keine Trendwende in Sicht, im Gegenteil: Bis 2050 könnten sich die aktuellen Flugemissionen noch vervier- bis verachtfachen (Ausbeutung von Natur).[8]

Der Aspekt der Klimagerechtigkeit wird am konkreten, persönlich heruntergebrochenen Beispiel deutlich: Eine Person in den USA verursachte im Jahr 2016 ca. 33 Mal so viel CO_2 wie eine Person in Ghana.[9] Dies geschieht durch den Verbrauch von Konsumgütern, Ernährung, oder Mobilität, die von den meisten Menschen im Globalen Süden aufgrund geringeren Einkommens erheblich weniger genutzt werden. Beim Versuch, den persönlichen CO_2-Fußabdruck zu reduzieren, erzielt – neben einer Umstellung der Ernährung – der Verzicht auf Flugreisen mit die größte Wirkung. Ein einzelner Transatlantikflug zwischen Düsseldorf und New York entspricht mit 3,65 Tonnen CO_2 pro Passagier[10] dem elffachen des gesamten jährlichen CO_2-Ausstoßes einer Person in Kenia.[11] Würde die gesamte Weltbevölkerung solche Flüge regelmäßig antreten, würde dies die Ressourcen des Planeten massiv übersteigen (Exklusivität). Doch trotz hohen Problembewusstseins hoben im Sommer 2018 über 80,5 Millionen Passagiere von deutschen Flughäfen ab, mehr als je zuvor (Intensivierung).[12]

Die Folgen werden ausgelagert: Auf die Natur und die Menschen, die dort wohnen, wo der Klimawandel in Form des steigenden Meeresspiegels oder von Extremwetterereignissen ihre Existenz bedroht. Ebenso werden die Kosten auf zukünftige Generationen verlagert (Auslagerung der Kosten). Dieser ungleiche Zugriff auf Ressourcen und Senken des Planeten kann mit dem Konzept der imperialen Lebensweise beschrieben werden, welches die Reproduktion von Klimaungerechtigkeit in konkreten alltäglichen Verhaltensweisen verdeutlicht und strukturelle Ursachen ihrer Stabilität erklärt.[13]

Säulen der Stabilität

Obwohl weltweit erst zehn Prozent aller lebenden Menschen mindestens einmal geflogen sind[14], erscheint uns im globalen Norden das Fliegen als normal. Es ist – wenn nicht im Alltag – so zumindest im jährlichen Urlaubsverhalten vieler Deutscher fest verankert. Auch die wachsenden Mittelschichten in Schwellenländern wie China oder Indien fliegen zunehmend. So wird Fliegen, ähnlich wie Fleischkonsum, zum Distinktions- und Statussymbol. Diese Normalitätsvorstellung ist eine zentrale Säule, die klimaschädliche Verhaltensmuster stabilisiert (Alltagswissen und Wünsche). Neben diesen »mentalen Infrastrukturen«[15] treten materielle Infrastrukturen, die die Ausbreitung des Flugverkehrs fördern: Derzeit werden 423 neue Flughäfen geplant oder gebaut (davon 58 in Europa), dazu kommen 121 zusätzliche Start- und Landebahnen (davon 28 in Europa) sowie weitere 205 Erweiterungen bestehender Pisten, 262 neue Terminals und 175 Terminalerweiterungen (Infrastrukturen).[16]

Fliegen wird auch per Gesetz gefördert: Dass ein Wochenendtrip per Billigairline nach Barcelona teilweise günstiger ist als eine Bahnfahrt von Nord- nach Süddeutschland liegt auch daran, dass der Flugtreibstoff Kerosin steuerbefreit ist (Institutionen). Aufgrund des wachsenden, gesellschaftlichen Problembewusstseins versuchen Fluggesellschaft, ihr Image zu verbessern. So werben sie damit, klimaeffizienter als andere zu fliegen – etwa durch andere Flugrouten oder gar leichtere Weinflaschen und kleinere Serviertische an Bord.[17] Doch auch mit diesen kleinen Verbesserungen bleibt Fliegen klimaschädlicher als jedes andere Transportmittel (Scheinlösungen). Auch Kompensationsmechanismen, die das ausgestoßene CO_2 der Passagiere mit Klimaprojekten ausgleichen wollen, können die Emissionen höchstens abmildern – doch auch das steht als Scheinlösung in der Kritik.[18]

Perspektiven für eine Transformation

Die Klimagerechtigkeitsbewegung protestiert und kämpft auf unterschiedlichen Ebenen für Veränderungen. Sie setzt sich aus einer Vielzahl zivilgesellschaftlicher Akteur*innen und Initiativen zusammen, die bereits hier und heute imperiale Mobilität zurückdrängen, Alternativen vorleben und diese Räume absichern. Sie setzen an unterschiedlichen Säulen der Stabilität (siehe oben) an, welche im Folgenden mit einigen Beispielen veranschaulicht werden.

Die Gruppe »System Change not Climate Change« bekämpft mit Demonstrationen und Blockaden materielle Infrastrukturen. Das Bündnis »Stoppt die dritte Piste« setzt sich gegen den Ausbau einer dritten Flugpiste des Flughafens Wien ein.[19] Gleichzeitig beginnen Initiativen Alternativen vorzuleben – so setzt sich die Initiative »Back on Track« für eine Reaktivierung europaweiter Nachtzüge ein[20] und die Bewegung »Sail to the COP« zeigt, dass die Klimakonferenz 2019 in Chile auch ohne Flugzeug erreicht werden kann – und zwar mit dem Segelboot.[21]

Die mentalen Infrastrukturen, welche unsere Normvorstellungen, Wissen und Wünsche prägen, ändern sich langsam. Eine solche kulturelle Transformation kann vor allem durch Bildung, aber auch konkrete Beispiele von Vorreiter*innen gestärkt werden. Während Hashtag-Trends zu #Flugscham ein erster Indikator für die zunehmende Infragestellung der Alltäglichkeit des Fliegens sind, bieten virtuelle Meetings und Videokonferenzen eine konkrete Alternative zu kurzzeitigen Geschäftsreisen per Flugzeug.

Auch auf institutioneller Ebene sind Ansatzpunkte sichtbar. Dazu könnte eine Veränderungen des Bundesreisekostengesetzes gehören, die dazu führt, dass Inlandsflüge nicht länger erstattet werden. Und Frankreich hat in diesem Jahr im Alleingang Flugtickets mit einer Ökosteuer belegt, deren Einnahmen wiederum dem Bahnverkehr zu Gute kommen sollen. Auf europäischer Ebene könnte eine solche Politik noch größere Wirkungskraft entfalten.

Gemeinsam können diese Ansatzpunkte einen politischen und kulturellen Wandel stärken, für mehr globale Gerechtigkeit. Die Klimagerechtigkeitsbewegung spannt einen Bogen, unter dem vielfältig und auf unterschiedlichen Ebenen ansetzende Akteure Allianzen bilden, um gemeinsam Veränderungen zu erwirken.

Link: https://ilawerkstatt.org/

[1] Zeit (2019): G20-Staaten einigen sich auf Klimaerklärung, https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-06/osaka-g20-gipfel-klima-abschlusserklaerung-pariser-abkommen, 19.07.2019

[2] Global Carbon Project (2019): Global Carbon Budget, https://www.globalcarbonproject.org/carbonbudget/index.htm, 27.07.2019

[3] Climate Transparency (2018): https://www.climate-transparency.org/, Stand: 12.07.2019

[4] Im Original: »Transnationale Verbaucherklasse«, Sachs, Santarius (2005): Fair Future, der Wuppertal Report, C.H.Beck (2005)

[5] Brand, Wissen (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus, oekom (2017).

[6] Umweltbundesamt (2019): Energieverbrauch nach Energieträgern, Sektoren und Anwendungen, https://www.umweltbundesamt.de/daten/energie/energieverbrauch-nach-energietraegern-sektoren, Stand: 20.07.2019

[7] Öko-Institut (2015): Emission Reduction Targets for International Aviation and Shipping. http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2015/569964/IPOL_STU(2015)569964_EN.pdf, Stand: 20.07.2019

[8] European Commission (2017): Reducing Emissions from Aviation. https://ec.europa.eu/clima/policies/transport/aviation_en, Stand: 06.07.2019

[9] USA: 14.95 t CO_2/capita; Ghana: 0.45 t CO_2/capita. Quelle: International Energy Agency (2019), Statistiken: https://www.iea.org/statistics, Stand: 11.07.2019

[10] Umweltbundesamt (2019): CO2-Rechner, Berechnen Sie Ihre aktuelle CO_2-Bilanz und optimieren Sie diese für die Zukunft. https://uba.co2-rechner.de/de_DE, Stand: 10.07.2019

[11] Kenya: 0.32 t CO_2/capita in 2016. Quelle: International Energy Agency (2019), Statistiken: https://www.iea.org/statistics, Stand: 20.07.2019

[12] Zeit Online (2019): Deutsch fliegen so viel wie nie https://www.zeit.de/mobilitaet/2019-01/flugreisen-luftverkehr-passagierrekord-flughafen-reiseaufkommen-anstieg, Stand: 20.07.2019

[13] Kopp, T., M. Becker, S. Decker, J. Eicker, H. Engelmann, I. Eradze, F. Forster, S. Haller, M. Heuwieser, M. Hoffmann, C. Noever Castelos, C. Podstawa, A. Shah, A. Siemons, T. Wenzel, and L. Wolfinger (2017). Auf Kosten Anderer? Wie die imperiale Lebensweise ein gutes Leben für alle verhindert. München: oekom; I.L.A. Kollektiv (2019): Das Gute Leben für alle, München: oekom.

[14] Ebd., S. 82f.

[15] Welzer, H. (2011): Mentale Infrastrukturen. Wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam. Heinrich Böll Stiftung. https://www.boell.de/sites/default/files/Endf_Mentale_Infrastrukturen.pdf.

[16] CAPA - Centre for Aviation (2017): Airport Construction Database.www.centreforaviation.com

[17] KLM (2017): Sustainability in action, https://www.youtube.com/watch?v=e6oVA9hjb2I und Frontier Airlines Fly Greener Programm: https://www.flygreener.com. Stand: 21.07.2019

[18] Öko-fair (2019): Klimaneutral durch Kompensation?, http://www.oeko-fair.de/clever-konsumieren/wohnen-arbeiten/klimafreundlich-im-haushalt/service29/klimaneutral-durch-kompensation/klimaneutral-durch-kompensation2, Stand:23.07.2019

[19] Dritte Piste Wien (2019): https://drittepiste.org/, 20.07.2019

[20] Back on Track (2019): back-on-track.eu, 14.07.2019

[21] Sail to the COP (2019): https://www.sailtothecop.com/, 19.07.2019

KLIMAGERECHTIGKEIT IN KASSEL

Warum es nicht mehr nur um Eisbären geht

Anfang 2018 hat die Gruppe »Klimagerechtigkeit Kassel« (KligK) ihre ersten Aktionen gestartet – und seitdem immer wieder für Aufsehen gesorgt, wenn sie z.B. Straßen blockiert haben oder neue Radwege in der Stadt markiert haben. Im Gespräch mit Contraste-Redakteurin Regine Beyß erzählen zwei Aktivist*innen, welche Bedeutung das Engagement für »Klimagerechtigkeit« hat und wie sie sich organisieren.

Was steckt für euch hinter dem Begriff »Klimagerechtigkeit«?

Arvid: Für mich ist das ein sehr schillernder Begriff, weil er so viele Facetten hat. Die Basis für mich ist, dass Umweltfragen zu sozialen Fragen werden – denn es geht um die Lebensbedingungen von Millionen von Menschen. Und geändert hat sich mit dem Begriff auch, dass die Perspektive des globalen Südens eingebunden wird.

Kerstin: Es gab mal so einen Aufkleber, da stand drauf: »Es geht schon lange nicht mehr um Eisbären.« Das finde ich sehr passend. Wir müssen hinausgehen über Forderungen nach einem »grünen Kapitalismus«. Die Forderung nach Gerechtigkeit bindet – anders als der »Klimaschutz« - auch andere Kämpfe mit ein.

Wie habt ihr als Aktivist*innen zu diesem Thema gefunden?

Kerstin: Das war ein längerer Prozess. Ich habe angefangen mit bürgerlichem Engagement, u.a. in der Grünen Hochschulgruppe. Aber ich habe da sehr schnell die Grenzen wahrgenommen, an die wir stoßen. Es wurde mir zu eng. Bei den Aktionen von »Ende Gelände« habe ich den größeren Kontext wahrgenommen – sie haben eine radikale Kapitalismuskritik und Solidarität mit dem globalen Süden mitgedacht.

Arvid: Politisiert wurde ich über den Bildungsstreik, danach war ich einige Zeit bei Greenpeace aktiv. Dann habe ich mich gefragt: Wo kann ich mich einbringen, um möglichst viel zu verändern? Und die bundesweite Mobilisierung von »Ende Gelände«, die hat mir viel Mut gegeben. Es ging darum, sich sowohl lokal als auch überregional zu organisieren und auf allen Ebenen eigene Strukturen aufzubauen.

Und darum habt ihr dann eine eigene Gruppe in Kassel gegründet?

Kerstin: Es gab entweder Öko-Gruppen oder linke Gruppen. Ich wollte beides miteinander verbinden, weil ich es frustrierend fand, das getrennt voneinander zu denken. Anfang 2018 ist KligK dann mit den ersten Aktionen gestartet.

Arvid: KligK ist für mich auch so etwas wie eine Schnittstelle. Die Aktivist*innen haben teilweise ganz unterschiedliche Hintergründe und waren oder sind noch in anderen Gruppen aktiv. Das macht das Ganze interessant!

Die gesamte Klimabewegung ist gerade ganz schön im Aufwind, sie ist sehr präsent und einige Forderungen werden ernsthaft diskutiert. Worauf führt ihr das zurück? Hat das auch mit »Fridays for Future« zu tun?

Kerstin: Ja, ich denke »Fridays for Future« hat viel aufgewertet, da hat sich vor allem im letzten halben Jahr sehr viel getan. Wir springen irgendwie jetzt auch auf den Zug auf. Andererseits hat die Klimabewegung der letzten Jahr vielleicht auch eine Grundlage gelegt, auf die die Schüler*innen jetzt aufbauen können. Es verdichtet sich auf jeden Fall und das ist ein tolles Gefühl!

▲ Öffentlich Stellung beziehen: Aktivist*innen von KligK klettern bei einer Banner-Aktion in der Kasseler Innenstadt.

Foto: KligK

Vor einiger Zeit galten Aktivist*innen von »Ende Gelände« noch als »Linksterrorist*innen«, daran hat sich zum Glück etwas geändert.

Arvid: Da ist jetzt eine frische Generation am Werk, die zehn Jahr Merkel-Regierung miterlebt hat – und dass sich in dieser Zeit einfach nichts getan hat in Sachen Klimaschutz. Die Klimakonferenz in Kopenhagen 2009 war ja ein ziemlicher Dämpfer für die Klimabewegung. Und jetzt ist der Leidensdruck einfach noch größer geworden, alles wird dringlicher.

Ein anderer Punk ist, dass ich die Klimabewegung als sehr divers wahrnehme. Das ist sicher eine Art »Erfolgsfaktor«, weil es viele verschiedene Akteur*innen gibt, die die Menschen in ihrer jeweiligen Lebenssituation ansprechen. Was aber noch fehlt sind die Menschen so ab 40, 50 Jahren. Und die brauchen wir! Der größte Teil der Menschen beschäftigt sich einfach nicht damit, wie sie ihr Leben verändern könnten. Deshalb braucht es in der Bewegung noch mehr Multiplikator*innen und Identifikationsfiguren für alle möglichen Bevölkerungsgruppen.

Wie organisiert ihr euch hier in Kassel, um noch mehr Menschen zu erreichen?

Kerstin: Letztes Jahr waren wir noch eine kleine Gruppe und haben gemeinsam im Plenum eher kurzfristige Aktionen geplant. Inzwischen sind wir mehr Leute und haben auf einer Klausurtagung beschlossen, uns Schwerpunkte zu setzen und langfristiger an einzelnen Themen zu arbeiten. Die beiden langfristigen Stränge sind jetzt Verkehrs- und Energiewende. Kurzfristig machen wir aber immer noch andere Projekte – wie z.B. beim 1. Mai in Erfurt, als wir gemeinsam mit anderen Aktivist*innen erfolgreich gegen die AfD protestiert haben. Wir sehen solche Kämpfe auch als unsere.

Arvid: Ich finde besonders, dass wir viele verschiedene Themenstränge integrieren können. Unsere Aktionen laufen sehr hierarchiearm ab – wer auf etwas Lust hat, sucht sich einige Verbündete und legt los. Das macht einfach Spaß! Und die Identifikation mit der Gruppe erscheint mir sehr wichtig.

Kerstin: Diese schnelle Begeisterung für Themen hat allerdings auch Schattenseiten. Es gibt viel Bedarf und natürlich viele coole Ideen – aber unsere Kapazitäten sind halt auch begrenzt. Trotzdem ist es gut, dass jede*r so arbeiten kann, wie er oder sie sich wohlfühlt.

Aktuell fordert ihr von der Stadt Kassel, ein Klimakrisen-Maßnahmenpaket zu verabschieden. Was sollte eurer Meinung nach denn in Kassel konkret passieren?

Arvid: Wir wollen, dass es mehr als ein Lippenbekenntnis zum »Klimanotstand« gibt. Es gibt viele Sachen, die die Stadt sofort anfassen könnte. Unser Ziel ist, die Emissionen bis 2020 um zehn Prozent zu reduzieren – das wäre schon mal ein wichtiger Beitrag auf dem Weg zum 1,5 °C-Ziel. Denkbare Sofortmaßnahmen wären z.B. ein kurzfristiger Kohleausstieg in der Kasseler Fernwärme, ein 365 Euro-Ticket im ÖPNV für alle, die Umwidmung von zehn Prozent der Parkplätzen und die Reduktion der Raumtemperaturen öffentlicher Räume auf maximal 19 °C. Wir haben der Stadt ein Ultimatum gesetzt, in der nächsten Stadtverordnetenversammlung nach der Sommerpause dieses Maßnahmenpaket zu verabschieden.

Und wenn sie das nicht tut?

Arvid: Wir werden weiter Druck aufbauen und haben schon einige Aktionen für September geplant.

Ihr habt auch das Bündnis »Kassel kohlefrei« ins Leben gerufen. Worum geht es da genau?

Kerstin: Wir haben uns an Münchner Aktivist*innen ein Beispiel genommen, die über Wege der direkten Demokratie die Abschaltung eines Steinkohlekraftwerks durchgesetzt haben. Mit dem Bündnis, zu dem u.a. auch der BUND, Transition Town, Greenpeace, Extinction Rebellion und Fridays for Future gehören, wollen wir etwas ähnliches in Kassel anstoßen. Auch hier steht noch ein Kohlekraftwerk, das einer klimafreundlichen Energiewende bislang entgegensteht. Wir verfolgen mit der Kampagne eine andere Herangehensweise als bisher – und es ist sehr ermächtigend zu sehen, dass wir das jetzt anleihern und andere Gruppen mit ins Boot holen und miteinander vernetzen konnten. Unser Kampagnenplan ist auf ein Jahr ausgelegt und bisher konnten wir ihn einhalten. Unser Ziel ist, das Kraftwerk bis 2023 umzurüsten – und danach geht es weiter mit einem umfassenden Energiekonzept für Kassel.

Arvid: Es geht bei der Kampagne auch darum, das Heft wieder selbst in die Hand zu nehmen und die Mittel der Demokratie zu nutzen, die uns zur Verfügung stehen. Klar, damit arbeiten wir stark im System – aber dieses Kraftwerk ist trotzdem sehr relevant für die Emissionen dieser Stadt.

Seid ihr denn zuversichtlich, was eure langfristigen Ziele angeht?

Arvid: Ich bin da zwiegespalten. Die Klimakrise ist fundamental und eine enorme Herausforderung. Trotzdem halte ich an dem Ziel fest, dass die Erde sich nicht um mehr als 1,5 °C erwärmen soll. Gerade sind wir eher auf dem Weg zu 3,5 °C – und müssen darum kämpfen, dass zumindest das umgesetzt wird, was eigentlich schon zugesagt war. Ich habe Angst vor einem Zusammenbruch von Gesellschaft, wie wir sie kennen. Und vielleicht ist dieses Ziel auch zu groß für eine einzige Bewegung...

Kerstin: Es dauert einfach alles zu lange. Jedes halbe Jahr, das wir mit Diskussionen verbringen, ist zu viel. Und ich frage mich auch: Gehen die Fragen tief genug? Wir können und wollen nicht auf technische Lösungen warten. Wir müssen die relevanten Fragen anpacken: Wie können wir den Kapitalismus abschaffen? Dafür braucht es wahrscheinlich ganz unterschiedliche Strategien...

Arvid: Viele junge Menschen sind unglaublich auf der Suche nach Alternativen. Es gibt aber noch kein fertiges Zukunftskonzept. Ich hoffe, dass wir das in den nächsten Jahren hinkriegen, dass wir tatsächlich einen Weg zur ökologisch-sozialen Transformation finden.

Link: https://klimagerechtigkeit-kassel.org

Literatur: Handbuch »Klimawende von unten«: https://www.klimawende.org/

Unser Haus brennt

In der Woche vom 20. bis 27. September ist ein globaler Klimastreik geplant. In dieser Woche findet auch der nächste UN-Gipfel zum Klimanotstand statt. Im Aufruf heißt es: »Kommenden September werden wir millionenfach unsere Arbeitsplätze und Wohnungen verlassen und zusammen mit den Jugendlichen auf die Straße gehen. Wir fordern den Ausstieg aus dem Zeitalter der fossilen Brennstoffe. Unser Haus brennt — tun wir etwas dagegen. Wir fordern Klimagerechtigkeit für alle.«
Die streikenden Schüler*innen von »Fridays for Future« wollen den 20. September zur bislang größten Mobilisierung machen. In über 150 Ländern bereiten sich Gewerkschaften und Erwachsene bereits auf eigene Klimastreiks vor.

Aktionen in Deutschland: https://fridaysforfuture.de/allefuersklima
Mehr Infos: https://de.globalclimatestrike.net

ANZEIGE

FLUCHTURSACHE KLIMAWANDEL

Die Reichsten überleben?

Die ungleiche Verteilung der Auswirkungen des Klimawandels führt auch dazu, dass Menschen gezwungen sind, ihre Herkunftsländer zu verlassen, weil sie unbewohnbar werden. Eine Greenpeace-Studie aus dem Jahr 2017 schätzt die Zahl der Menschen, die weltweit wegen des Klimawandels auf der Flucht sind auf 21 Millionen, sie wird in den nächsten Jahren weiter zunehmen. Klimagerechtigkeit kann daher auch helfen, Fluchtursachen zu bekämpfen.

BRIGITTE KRATZWALD, REDAKTION GRAZ / EARTHLINK

▲ SDer erste »Climate March« in Marrakesch (Marokko) im November 2016 Foto: Takver / flickr.com (CC)

»Um es überspitzt zu formulieren: Wenn wir Textilien aus Bangladesch nach Europa importieren, werden dadurch Klimaveränderungen begünstigt, die sich z.B. als Dürreperioden in der Sahelzone niederschlagen können, welche – gemeinsam mit anderen verstärkenden Faktoren – dazu führen, dass Menschen fliehen müssen, um zu überleben. Durch die Auslagerung der Produktion wälzen wir den CO_2-Ausstoß auf die produzierenden Länder ab und senken gleichzeitig unsere Emmissionsbilanz.«

So beschreibt es die Organisation Earthlink auf der Webseite ihrer Kampagne zu Fluchtursachen. Viele Organisationen fordern, Klimawandel als Fluchtgrund nach der Genfer Flüchtlingskonvention anzuerkennen. Aber so einfach ist die Sache nicht, denn selten ist Klimawandel als Fluchtursache eindeutig auszumachen. Häufiger ist es so, dass die Auswirkungen des Klimawandels regionale Krisen verschärfen oder schwelende Konflikte zum Ausbruch bringen. Durch das zunehmend unberechenbare Wetter wird die natürliche Anpassung an das Klima erschwert. Ressourcenkonflikte führen zu bewaffneten Auseinandersetzungen, die dann häufig als Religionskriege oder ethnische Konflikte interpretiert, wodurch die wahren Ursachen verschleiert werden.

Dazu kommt: reiche Länder können sich die Anpassungsmaßnahmen leisten, in den Niederlanden etwa werden die Dämme massiv verstärkt, um dem steigenden Meeresspiegel Paroli zu bieten. Für arme Menschen in Bangladesch dagegen ist das Haus am Meer ein Fluchtgrund. Immer mehr Menschen verlieren ihre Siedlungsgebiete.

Klimawandel verschärft bestehende Konflikte

Eine entscheidende Fluchtursache ist Ernährungsunsicherheit, die durch extreme Wetterlagen verstärkt wird. In vielen Regionen der Welt kommt es zunehmend zu Dürren, Stürmen, Überflutungen und starken, den Boden auslaugenden Niederschlägen, die Ernteausfälle verursachen. Steigende Lebensmittelpreise sind die unausweichliche Folge. Menschen in den betroffenen Ländern können sich dann eine ausreichende Ernährung kaum leisten.

Klimatische Veränderungen führen aber auch schon seit längerem in zahlreichen Ländern zu Wasserknappheit. Auch dies wirkt sich auf die Ernten, teils auch auf Ressourcenkonflikte und – verbunden mit unzureichenden Hygieneverhältnissen – auf die zunehmende Verbreitung von Erkrankungen aus. Die Weltgesundheitsorganisation schätzt, dass durch steigende Temperaturen bereits 150.000 Todesfälle pro Jahr zu verzeichnen sind. Die Zahl der Menschen ohne ausreichendes Wasser wird mittelfristig, so die UN, weltweit von derzeit 1,8 Milliarden auf fünf Milliarden steigen. Besonders von Wasserknappheit betroffen sind Afghanistan, Bangladesch, Iran, Gambia, China, Peru, Sierra Leone, Indien, die USA, Spanien, Kenia und Uganda.

Mali: Zukunft wird unplanbar

In Mali etwa nimmt der Konflikt zwischen den Landwirtschaft betreibenden Dogon und dem Hirten- und Nomadenvolk der Fulbe massiv zu, befeuert durch Waffenlieferungen aus Europa und Libyen. Die Überfälle haben durchaus Züge eines Genozides, da ganze Siedlungen vernichtet werden und die Angreifer auch vor der Ermordung von Kindern nicht zurückschrecken. Es gab zwar in Mali immer Konflikte zwischen den Volksgruppen, nie herrschte aber eine derartige Feindschaft, die die Intensität dieser Gewalt erklären könnte. Warum also verschärft sich der Konflikt in den letzten Jahren derartig?

Bei den Konflikten zwischen den Dogon und den Fulbe ging es seit jeher um die Nutzung überlebenswichtiger Ressourcen wie Weideland, Wald und Wasser. Ressourcen, die jedoch zunehmend knapp werden, und das nicht nur wegen des Bevölkerungswachstums im Land. Denn in keiner Region der Welt zeigen sich die Auswirkungen des Klimawandels drastischer als im Sahel. Die Temperaturen steigen hier eineinhalb mal schneller als im globalen Durchschnitt. In Ländern wie Mali, Nigeria oder Mauretanien zeigt sich das in immer extremeren Wetterphänomenen wie längeren und heftigeren Dürre- oder Regenperioden. Ganze Jahreszeiten fallen aus. Eine sinnvolle Zukunftsplanung der Hirten und Bauern wird zunehmend unmöglich. Immer mehr fruchtbare Fläche geht verloren und Trinkwasserquellen werden immer unverlässlicher. Das Vieh der Hirten findet nicht mehr ausreichend Weidegras und verhungert, die Bauern können ihre Böden nicht mehr bewirtschaften. Mittlerweile sind fast 80 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche von Erosion und Desertifikation betroffen.

Klimawandel befeuert Gewalt

Die Konkurrenz um die verbleibenden, fruchtbaren Flächen nimmt drastisch zu und den Völkern fällt es zunehmend schwer, Konflikte wie bisher friedlich zu lösen. Früher wechselte man sich etwa mit der Landnutzung ab: Nach der Ernte konnten die Fulbe ihr Vieh auf den freien Feldern weiden lassen, die Tiere der Hirten düngten sie für die nächste Anbauzeit. Mit dem Klimawandel und dem Wegfall immer weiterer Flächen verschärft sich jedoch die Lage. Vor allem die Fulbe sind gezwungen in andere Regionen vorzustoßen, wo die ansässigen Bauern sie häufig als Eindringlinge betrachten. Der gestiegene Unmut bereitet die Grundlage für zusätzliche Stigmatisierungen: Zunehmend trifft die Fulbe der Generalverdacht, Anhänger der extremen Islamisten zu sein, da die Milizen in den letzten Jahren vor allem in dieser Gruppe Mitglieder rekrutiert haben. Viele der Fulbe schließen sich den Islamisten jedoch weniger aus religiöser Überzeugung, sondern aus purer Perspektivlosigkeit an, oder weil sie überzeugt sind, so ihr wertvolles Vieh vor Überfällen der Dogon schützen zu können.

Auch die malische Regierung schließt sich der zunehmenden Stigmatisierung an, denn viele Massaker an den Fulbe werden gar nicht oder nur sehr oberflächlich verfolgt. Im Gegenteil werden Fulbe oft ohne hinreichende Begründung festgenommen und sogar ohne Anklage ermordet. Zunehmend drohen die Fulbe in Mali also zum Opfer ethnischen Hasses zu werden.

Ein Kampf gegen Wüste und ausländische Investoren

Der Klimawandel treibt Menschen nicht nur direkt in die Flucht, indem er wichtige Lebensgrundlagen erstickt, er befeuert auch Konflikte und gewaltsame Auseinandersetzungen, die nach wie vor die häufigste Fluchtursache darstellen. In Mali haben Klimaveränderungen einen idealen Nährboden für die Massaker zwischen den Gruppen gebildet, in dem nur die Waffen und der Krieg sowie die zusätzliche Destabilisierung durch die Islamisten als Saat gefehlt haben. Das muss auch von den Verursachern des Klimawandels endlich mehr berücksichtigt werden. Kein Militäreinsatz, der allein sicherheitspolitische Gründe hat, wird die Gewalt verhindern können, die durch den Mangel an überlebensnotwendigen Ressourcen entsteht.

Der Senegal ist am äußersten Westen Afrikas gelegen und grenzt dort an den atlantischen Ozean sowie an die Sahelzone im Norden. Das Land gilt als politisch stabil, mit einer funktionierenden Demokratie, und das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf hat sich seit 2000 mehr als verdoppelt. Dennoch gibt es eine Vielzahl von Senegalesen, die den gefährlichen Weg nach Europa in eine vermeintlich bessere Zukunft auf sich nehmen. Doch warum?

Das Klima Senegals wird durch zwei Jahreszeiten geprägt, durch die Regenzeit von Juni bis September und durch die Trockenzeit von Oktober bis Mai. Dies hat zwei sehr unterschiedliche Wetterphänomene zur Folge, nämlich starke Regenfälle und Überflutungen zum Einen und extreme Hitze und Trockenheit zum Anderen. Diese zwei Phänomene werden durch den menschengemachten Klimawandel noch verstärkt. Die immer länger anhaltenden Trockenperioden könnten dieses Jahr zu einer Hungerkatastrophe führen, die besonders die Landbevölkerung treffen würde. Dadurch werden im Norden des Landes Konflikte um die letzten Wasserressourcen zwischen nomadischen Viehhaltern und sesshaften Bauern provoziert oder verschärft, da die Menschen komplett abhängig von der Vegetationssaison sind. Sie benötigen Wasser für die Bewässerung ihrer Felder und die Versorgung ihrer Nutztiere. Ist die Vegetationssaison aufgrund der Wetterlage nicht ertragreich, müssen die Menschen bis zum nächsten Jahr mit dem auskommen, was sie erwirtschaften konnten.

Die Trockenheit lässt Pflanzen sterben und führt zu zunehmender Desertifikation, also der Entstehung, bzw. Vergrößerung von Wüsten. Dies lässt mehr und mehr ehemaliges Weideland unbrauchbar werden. Durch die industrielle Landwirtschaft als Folge der Kolonialisierung und den Landraub für die Produktion von Biotreibstoff verschärft sich die Situation. Die großangelegten Monokulturen von Erdnüssen und anderen wasserintensiven Pflanzenarten im Senegal laugen den Boden aus und machen ihn für kommende Generationen unfruchtbar; das Land wird buchstäblich »Ver-Wüstet«. Bauern finden auf dem Land keine Arbeit mehr oder können mit den internationalen Großkonzernen nicht konkurrieren; was folgt, ist Migration – erst in die Stadt und dann nach Europa.

Die Fallbeispiele stammen aus der Kampagne »Fluchtgrund« der Organisation Earthlink, zu der es auch eine Wanderausstellung und ein Booklet zum Download gibt. Die Texte wurden von der Redaktion gekürzt.

Links:
earthlink.de
fluchtgrund.de

ANZEIGE

Informativ, knapp und klar:
Ossietzky
Die Schaubühne seit 1905
Die Weltbühne seit 1918
Ossietzky seit 1998

»Der Krieg ist ein besseres Geschäft als der Friede. Ich habe noch niemanden gekannt, der sich zur Stillung seiner Geldgier auf Erhaltung und Förderung des Friedens geworfen hätte. Die beutegierige Canaille hat von eh und je auf Krieg spekuliert.«
Carl von Ossietzky in der Weltbühne *vom 8. Dezember 1931*

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende Propaganda, gegen Sprachregelung, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

Ossietzky herausgegeben von Matthias Biskupek, Rainer Butenschön, Daniela Dahn, Rolf Gössner, Ulla Jelpke und Otto Köhler, begründet 1997 von Eckart Spoo.

Ossietzky – die Zeitschrift, die mit Ernst und Witz das Konsensgeschwafel der Berliner Republik stört.

Ossietzky Verlag GmbH • ossietzky@interdruck.net
Siedendolsleben 3 • 29413 Dähre • www.ossietzky.net

DIE KLIMAGERECHTIGKEITSBEWEGUNG IN AFRIKA

Solidarität und Würde

Eine Organisation, die sich in Nigeria dem Kampf für Klimagerechtigkeit verschrieben hat, ist die »Health of Mother Earth Foundation« (HOMEF). Ihr Direktor Nnimmo Bassey war zum Elevate Festival in Graz und hat die Fragen von Contraste beantwortet.

BRIGITTE KRATZWALD, REDAKTION GRAZ

▲ Nigerianer*innen sagen Nein zu genmanipulierten Organismen: Bei dieser Demo im Dezember 2018 war auch HOMEF dabei - denn Ernährungssouveränität gehört zu den wichtigsten Themen der Organisation. Foto: HOMEF

Klimagerechtigkeit verbindet das Thema Klimawandel mit Fragen der sozialen Ungleichheit. Was bedeutet Klimagerechtigkeit für Dich und was sind die Vorteile dieses Konzepts im Diskurs über den Klimawandel?

Der Klimawandel ist das Symptom einer tiefer liegenden systemischen Krankheit. Klimagerechtigkeit bedeutet, die Klimakrise ganzheitlich anzugehen, durch den Kampf für eine sozial-ökologische Transformation. Das ist sowohl die Stärke als auch der eigentliche Zweck des Konzepts. Das macht es möglich, Pläne zu entwickeln, die die Netze des Lebendigen und die durch die gesellschaftliche Ungleichheit verursachte Kluft miteinander verzahnen. Der Europäische Gerichtshof fordert, dass die historischen Wurzeln der Klimakrise nicht ignoriert werden dürfen und dass auch bei multilateralen Verhandlungen immer die Gerechtigkeit im Vordergrund stehen muss. Diese Ideale wurden in den Klimaverhandlungen konsequent untergraben. Ausgehend von verbindlichen Verpflichtungen zur Emissionsreduktion feiern die Nationen heute freiwillige oder »national festgelegte« Beiträge. Der gegenwärtige Ansatz leugnet die Tatsache, dass es sich um eine globale Krise handelt und dass die Lösung darin besteht, dass alle Nationen ihren gerechten Beitrag leisten, wie er von der Wissenschaft definiert wird. Ohne Verankerung der Idee der Klimagerechtigkeit wird es weiter bergab gehen.

Du bist Direktor von HOMEF. Was macht deine Organisation und wie ist Klimagerechtigkeit für deine Arbeit relevant?

HOMEF ist eine ökologische Denkfabrik und Interessenvertretung zur Förderung von Umwelt-/Klimagerechtigkeit und Ernährungssouveränität in Nigeria und Afrika. Der Schwerpunkt unserer Arbeit liegt auf der Erforschung der Ursachen der Ausbeutung von Ressourcen, Völkern und Nationen. Wir arbeiten mit Bewegungen zur Wiederherstellung von Erinnerung, Würde und harmonischem Leben mit Mutter Erde. HOMEF glaubt an die Rechte von Mutter Erde, an die Notwendigkeit, die Gemeinschaften zu stärken, um die Unterdrückung zurückzudrängen und für Gerechtigkeit für die Umwelt, unserer Ernährungssysteme und die Aufrechterhaltung natürlicher Kreisläufe auf allen Ebenen des politischen Engagements zu sorgen. HOMEF glaubt an hausgemachte Lösungen anstatt von Außen durchgesetzte Ideen und ist fest verwurzelt in den Idealen der Solidarität und Würde.

Wir haben drei Arbeitsfelder. Unter dem Titel »fossile Politik« decken wir den Klimawandel, die Bodendegradierung durch die Förderung fossiler Brennstoffe und die Organisierung gegen allgemeine Umweltschäden ab. Der zweite Bereich ist der Kampf gegen Hunger, wo wir uns mit Fragen der Ernährungssouveränität, des Waldes und der biologischen Vielfalt befassen. Der dritte Arbeitsbereich ist unsere Plattform zum Wissensaustausch, die »Sustain-Ability Academy«. Diese Plattform nutzen wir für Community Dialoge, Schools of Ecology und verschiedene Diskussionen. Wir glauben an lokal erzeugtes Wissen und Praxis sowie an die Notwendigkeit eines menschenzentrierten Dialogs.

Klimagerechtigkeit ist ein wichtiges Konzept für unsere Arbeit bei HOMEF. Sie unterstreicht die Notwendigkeit, die Probleme der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen und die Auswirkungen der Aktivitäten der Bergbauindustrie auf die Umwelt anzugehen. Wir halten den Gerichtshof auch für unerlässlich, um die Fragen der Ressourcendemokratie und der tödlichen Verwüstung von Gemeinschaften in Nigeria und ganz Afrika voranzubringen. Das Konzept gibt uns auch die Möglichkeit, uns mit anderen Klimagerechtigkeitsbewegungen und -Communities weltweit zu vernetzen. Das ist der beste Weg, um das tödliche globale Disaster zu bekämpfen.

Mit welchen durch den Klimawandel verursachten Problemen seid ihr in Nigeria konfrontiert?

Zu den wichtigsten klimabezogenen Problemen in Nigeria gehören Wüstenbildung, Überschwemmungen, Entwaldung, Küstenerosion, Vertreibungen und Konflikte. Die Desertifikation betrifft bis zu 11 Staaten im Norden Nigerias und stellt Landwirte und Viehzüchter vor große Herausforderungen. Der Tschadsee, der größte Binnensee Nigerias, den es sich mit Tschad, Niger und Kamerun teilt, ist von 25.000 km² in den 1960er Jahren auf nur 2.500 km² geschrumpft. Diese Schrumpfung hat zum Verlust der Lebensgrundlagen und zur Vertreibung von Bauern, Fischern und Hirten geführt.
Die Küstenerosion durch den Anstieg des Meeresspiegels und die Erdölförderung betrifft den größten Teil unserer 850 km langen Küste. Das wird noch verschärft durch Ölunfälle und das Abfackeln von Gas in der Region des Nigerdeltas. Nigeria leidet unter Artenverlust durch Wasserstress, Abholzung und damit einhergehenden Lebensraumverlust.

Von Juli bis September 2018 waren 80 Prozent Nigerias von Überschwemmungen betroffen, was zum Tod von 141 Menschen und 265 Verletzten führte. Ähnliche Katastrophen haben sich auch im Jahr 2012 ereignet. Sintflutartige Niederschläge in Teilen eines unserer Südstaaten, des Cross River State, am 3. und 4. Juli 2019 zerstörten bis zu 70 Häuser und Ackerland, außerdem wurden 519 Menschen vertrieben. Der Klimawandel spielt in all diesen Bereichen eine Rolle und verstärkt die Probleme

Gibt es in Nigeria oder angrenzenen Ländern eine Klimagerechtigkeitsbewegung von unten?

Es gibt viele Klimagerechtigkeits-Aufstände in Nigeria und in Afrika im Allgemeinen. Auch wenn sie den Begriff nicht verwenden, bekämpfen sie entweder proaktiv die Ursachen oder die Auswirkungen des Klimawandels. Ein Beispiel für ein kontinentales Netzwerk, das für Klimagerechtigkeit kämpft, ist Oilwatch Africa, das Teil von Oilwatch International ist und daran arbeitet, den Ausbau der Förderung fossiler Brennstoffe zu stoppen. Auf nationaler Ebene haben wir Save Lamu in Kenia, die gegen Kohlekraftwerke und für die allgemeine Entkolonisierung des Kontinents kämpfen. Eine der erfolgreichsten Bewegungen in Nigeria ist das Movement for the Survival of Ogoni People (MOSOP). HOMEF fördert zusammen mit einer südafrikanischen Gruppe, der South Durban Community Environmental Alliance, eine wachsende Klimagerechtigkeitsgewegung von Fischern in Afrika gegen die Zerstörung maritimer Ökosystemen, genannt FishNet Alliance.

Wenn sich dieses Konzept in der Klimapolitik durchsetzen würde, was würde das für die Menschen im globalen Süden bedeuten und was für Europa?

Es würde sofort den ungerechten Charakter der Klimakrise zeigen und die Untätigkeit der Regierungen. Es würde es notwendig machen, historische Fehler durch die Berücksichtigung der Klimaschuld zu korrigieren. Die Klimafinanzierung wäre kein Kampf, da die reichen Nationen aufhören würden, Geld, Ressourcen und Leben für die Kriegsführung zu verschwenden, sondern die Ressourcen zur Finanzierung von Milderungs- und Anpassungsmaßnahmen auf der ganzen Welt einsetzen würden. Es würde zu einen geringeren Verbrauch führen und eine Verlagerung von der chemikalien- und ölabhängigen industriellen Landwirtschaft hin zur Agrarökologie bewirken. Es würde auch einen gerechten Übergang von schmutzigen zu sauberen Energiequellen beschleunigen. Die Auswirkungen würden für alle und überall spürbar sein. Es würde die derzeitigen Ungleichheiten innerhalb und zwischen den Nationen verringern.

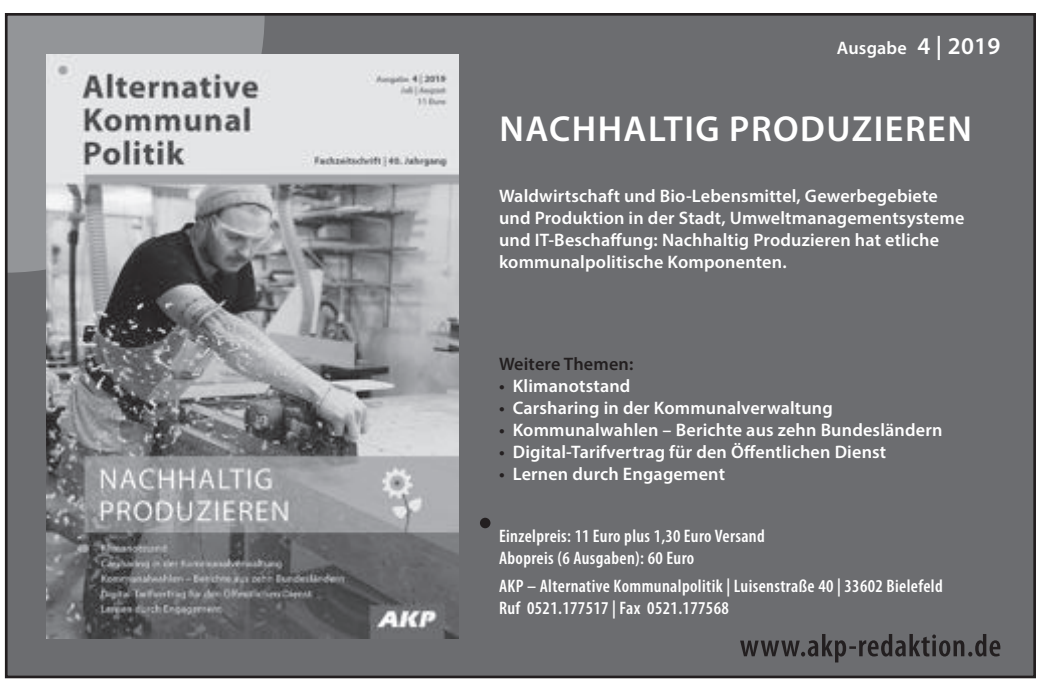
Wie könnten die Klimagerechtigkeitsbewegungen in Afrika und Europa zusammenarbeiten und sich gegenseitig unterstützen?

Die Klimakatastrophe bietet ideale Möglichkeiten für eine globale Zusammenarbeit. Klimagerechtigkeitsbewegungen in Afrika und Europa können durch Lobbyarbeit und Kampagnen in ihren Heimatländern zusammenarbeiten und Berichte über gemeinsame Aktionen erheben und austauschen. Gezielte Rechtsstreitigkeiten und Massenklagen können gegen Unternehmen und Regierungen durchgeführt werden. Allein mehr aufeinander zu hören, wäre ein großer Schritt in Richtung Zusammenarbeit. Jugendliche auf beiden Kontinenten können mit Hilfe von Online-Tools zusammenfinden und innovative Ideen austauschen. Ich bin auch fest davon überzeugt, dass ein kritischer Schritt einfach durch die Pflege von Freundschaften und den Aufbau von Solidarität erfolgen würde.

Danke für das Interview und viel Erfolg bei deiner Arbeit!

Links:
homef.org
homef.org/wp-content/uploads/2018/09/resource-democracy.pdf

ANZEIGE



WIDERSTAND GEGEN EU-MERCOSUR-HANDELSABKOMMEN

Fleisch frisst Land - in Brasilien und in Deutschland

Das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den vier südamerikanischen Mercosur-Staaten stößt auf immer breiteren Widerstand. Es soll die weltweit größte Handelszone begründen, doch der Vertragsentwurf gilt bei KritikerInnen als Frontalangriff auf die bäuerliche Landwirtschaft, auf Menschenrechte, Umwelt- und Klimaschutz – und zwar auf beiden Seiten des Atlantik. Derweil nehmen in Brasilien unter dem rechtsextremen Präsidenten Bolsonaro die Übergriffe auf indigene Dorfgemeinschaften drastisch zu.

PETER STREIFF, REDAKTION STUTTGART

▲ Lokale Entwicklung statt Freihandel: Bereits wenige tausend Euro Spendengelder ermöglichen eine einfache Trinkwasseranlage und schaffen die Grundlage, dass indigene Regenwaldbewohner*innen in ihrem Dorf Nova America in Amazonien (Brasilien) bleiben können – und auch den Regenwald beschützen. Foto: POEMA Deutschland e.V.

Fast zwanzig Jahre schon verhandelte die Europäische Union mit dem Mercosur über die Beseitigung von Handelsschranken im Rahmen eines umfassenden Assoziationsabkommens. Auf Seiten des Mercosur nahmen Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay an den Gesprächen teil.

Für Landwirtschaft, Menschenrechte, Umwelt-, Klima- und Verbraucherschutz wäre die Einführung des Abkommens jedoch ein massiver Rückschlag – und zwar auf beiden Seiten des Atlantiks. »Die bisher bekannt gewordenen Vertragsentwürfe übertreffen die Befürchtungen der Zivilgesellschaft«, fasst Power-Shift, das handels- und rohstoffpolitische Bündnis einiger größerer deutscher NGOs, die Kritik zusammen.

Nur noch Rohstofflieferant

Beispielhaft an den Plänen für die Lebensmittel- und Futtermittelindustrie zeigt Power-Shift auf, wie für die Mercosur-Staaten nur noch die Rolle eines möglichst billigen Rohstofflieferanten übrig bleiben soll: »Für das internationale Agrobusiness und die Lebensmittelindustrie stellt das Mercosur-Abkommen einen der wichtigsten Handelsverträge der EU dar. Denn der Löwenanteil der europäischen Agrar- und Lebensmittelimporte entfällt auf diesen südamerikanischen Verbund. Diese Einfuhr summiert sich alljährlich auf einen Wert von 20 Milliarden Euro. Sollte es zum Abschluss (und zur späteren Ratifizierung, d. Red.) des Abkommens kommen, könnte der Anteil des Mercosur an den gesamten Lebensmittelimporten der EU bis 2025 von derzeit 17 auf 25 Prozent anschwellen, so die Berechnungen des EU-Forschungsdienstes. Der transatlantische Sojahandel stellt zudem einen der wichtigsten Absatzkanäle für gentechnisch veränderte Organismen (GVOs) dar. In Brasilien entfallen 96 Prozent der Sojaanbaufläche auf genmanipulierte Pflanzen, in Argentinien sogar 99 Prozent.

Doch damit nicht genug. Der Mercosur entwickelt sich zugleich zu einem der größten Fleischexporteure der Welt, was sich auch auf dem europäischen Markt widerspiegelt. 73 Prozent der Rindfleischimporte und 56 Prozent der Hühnerfleischimporte in die EU stammen aus dem südamerikanischen Verbund. Das geplante Abkommen soll die gehandelten Fleischmengen nochmals massiv steigern. Damit aber steigt auch der Verbrauch der umweltschädlichen Gentech-Soja im Mercosur.«

Zusätzliche Klimabelastung

Sowohl die Art der Verhandlungsführung als auch die drohende zusätzliche Klimabelastung durch das Abkommen kritisiert auch Eva Desseffwy, handelspolitische Referentin der Arbeiterkammer (AK) Wien, in ihrem Blogbeitrag (s. Infos): »Die EU-Kommission hat sich mit dem Mercosur über den Abschluss der Verhandlungen geeinigt, obwohl noch gar keine aktuellen Analysen über mögliche Auswirkungen des Abkommens vorliegen. Offen bleibt damit unter anderem, wie sich das Handelsabkommen auf Umwelt, Beschäftigung, Menschen- und Verbraucher*innenrechte auswirkt. Auch die Wirkung der zu erwartenden Importe aus dem Mercosur und deren Effekte auf einzelne Branchen bzw. auf die beteiligten Volkswirtschaften als Ganze bleiben damit offen.

Bekannt ist nur das Vorhaben selbst, nämlich dass derzeit hohe Zölle, wie etwa auf Autos, Maschinen, Chemikalien, Pharmazeutika, Wein oder alkoholfreie Getränke, beseitigt werden sollen. Die Zölle von 91 Prozent aller zwischen der EU und dem Mercosur gehandelten Waren sollen abgebaut werden – in Summe soll das vier Milliarden Euro an Zolleinsparungen für die europäische Exportwirtschaft ergeben.

Das Abkommen wird jedoch weit über ein klassisches Zollsenkungsabkommen hinausgehen. Dafür sorgen etwa die getroffenen Vereinbarungen über die Liberalisierung von Dienstleistungen und die öffentliche Auftragsvergabe sowie Themen wie Subventionen, geistige Eigentumsrechte, Lebenssicherheit, technische Regulierungen und Standards und der Zugang zu Rohstoffen.

Die EU-Kommission brüstet sich damit, dass das Abkommen neben steigenden Exportchancen für die EU hohe Standards fördern würde. Beide Handelspartner würden sich dazu verpflichten, das Pariser Klimaschutzabkommen umzusetzen. Doch in Wirklichkeit ebnet die brasilianische Regierung unter Präsident Bolsonaro mit dem Abkommen vor allem den mächtigen Vieh- und Sojakonzernen den Weg, die die Abholzung des weltweit größten Regenwaldes beschleunigen. Im brasilianischen Amazonasgebiet legte die Abholzung im Januar 2019 – dem ersten Monat von Präsident Bolsonaros Amtszeit – laut Angaben des Forschungsinstituts Imazon um 54 Prozent im Vergleich zum Jänner 2018 zu.

Ungewohnt scharfe Kritik

Dass das nun vorliegende Abkommen nicht nur die Existenz von KleinbäuerInnen in Südamerika, sondern auch beispielsweise in Österreich gefährden würde, haben sogar Vertreter der bürgerlichen österreichischen Volkspartei (ÖVP) erkannt. So befürchtet laut einem Beitrag des österreichischen Rundfunks (orf) der Landwirtschaftskammer-Präsident Josef Moosbrugger, dass »Südamerika noch mehr Geflügelfleisch, Ethanol, Zucker und auch Rindfleisch liefern könne als ursprünglich befürchtet«. Und die Leidtragenden eines solchen Vertrages würden »die europäischen Bauernfamilien, der Klimaschutz und die Umwelt in Europa wie auch in Südamerika sein«, ergänzte der verärgerte Bauernbund-Präsident Georg Strasser.

Gegen den Wahnsinn der Globalisierung

Kritisiert wird das Abkommen auch von Initiativen, die in regelmäßigem Kontakt mit den indigenen Völkern und KleinbäuerInnen in Brasilien stehen wie beispielsweise der Verein POEMA mit Sitz in Stuttgart. Er verfolgt seit Jahren das Ziel, dass »die Menschen am Amazonas sowie die Wälder, in denen sie leben, eine Zukunftschance haben.«

Damit dies auch in Zukunft möglich ist, setzt sich POEMA gemeinsam mit den Menschen am Amazonas dafür ein, »dass die Wälder und damit auch das Klima geschützt, ihre Lebenssituation verbessert, ihr Land gesichert und ihre Menschenrechte beachtet werden.« In breit abgestützten Kooperationen realisiert der Verein seit Jahren verschiedene Projekte im Bereich Bildung, Solarenergie, Trinkwasserversorgung (vgl. Bild) und Wiederaufforstung in Amazonien.

Vor diesem Hintergrund beleuchtete Gerd Rathgeb von POEMA in einem Redebeitrag bei der Stuttgarter Montagsdemo (bei der es nicht nur um den Widerstand gegen Stuttgart21 geht) die Entwicklung der letzten Jahre in Brasilien. Ausgerechnet mit dem rechtsextremen neuen Präsidenten Brasiliens, Bolsonaro, wolle die EU ihre unsägliche Handelspolitik mit Hilfe des Mercosur-Abkommens fortsetzen.

Rathgeb kritisiert den Vertragsentwurf, der das Ziel habe, »noch mehr Rindfleisch, Zucker und Soja aus Südamerika in die EU zu importieren und im Gegenzug noch mehr Autos von VW und Daimler, sowie Ackergifte von Monsanto nach Südamerika zu liefern. Welch ein Irrsinn! Wir produzieren mehr Fleisch als wir brauchen, exportieren den Überschuss nach Afrika und beziehen gleichzeitig noch mehr aus Südamerika, wo Wälder gerodet und das Land mit Monsanto-Giften überzogen wird. So wird der Wahnsinn der Globalisierung und dieser Handelsverträge buchstabiert.«

Wir müssten die Notbremse ziehen, fordert Gerd Rathgeb, und den Abschluss dieses Abkommens stoppen. Dies sei möglich, da die 28 Mitgliedstaaten und das Europaparlament den Vertrag noch billigen müssten. Es sei also noch nicht alles verloren.

Denn Brasilien und insbesondere Amazonien würden uns zeigen, »wie wir mit der Welt verflochten sind und wie alles mit allem zusammenhängt. Geographisch ist Brasilien weit weg, ökonomisch aber sehr nah. Die Regenwälder haben eine große Bedeutung für das Weltklima – und das Weltklima wird unsere Welt radikal verändern, wenn wir nicht heute damit anfangen, die Wälder zu schützen und grundlegende Veränderungen in Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft durchzusetzen. Nur wenn wir daran glauben, dass weniger Konsum ein Mehr an Lebensfreude, Solidarität und Gerechtigkeit weltweit bewirken kann, wird uns dies gelingen.«

Infos:

Kurze Faktenpapiere zum EU-Assoziationsabkommen mit dem Mercosur: Download unter www.awblog.at/eu-mercosur-handelsabkommen, sowie unter www.power-shift.de > Mercosur

Zusammenhang von »Klima - Umwelt -Brasilien« einschließlich dem EU-Mercosur-Abkommen in der Rede von Gerd Rathgeb (POEMA) auf der 473. Montagsdemo am 22. Juli: www.bei-abriss-aufstand.de > POEMA

Projekte von POEMA (»Pobreza E Meio ambiente na Amazônia«, deutsch: Armut und Umwelt in Amazonien): www.poema-deutschland.de

ANZEIGE

100 JAHRE VOLKSHOCHSCHULBEWEGUNG

»Hebung der Persönlichkeit im Rahmen der Gesellschaft«

Im Geiste der neugeschaffenen Weimarer Verfassung entstand 1919/1920 in Deutschland der Volkshochschulverband. Die Demokratisierung Deutschlands ging mit der Idee einer breiten Erziehung und Bildung der Staatsbürger*innen einher. Im Artikel 148 der Weimarer Verfassung wurden explizit die Volkshochschulen (VHS) erwähnt: »(4) Das Volksbildungswesen, einschließlich der Volkshochschulen, soll von Reich, Ländern und Gemeinden gefördert werden.« Sowohl die berufliche Fortbildung als auch die Ausbildung der Persönlichkeit waren von Anfang an die beiden Säulen.

MAURICE SCHUHMANN, BERLIN

In der Satzung der Volkshochschule Groß-Berlin von 1919 hieß es dementsprechend: »[Sie] will ihre Hörer zu innerlich freien, harmonisch entwickelten, in der Gemeinschaft wurzelnden Persönlichkeiten herausbilden.« Die Volkshochschulen standen in einem Kontext zu anderen Aufklärungs- und Bildungsprogrammen – sei es der (sozialdemokratischen) Arbeiterbildungsbewegung mit Wilhelm Liebknecht als (»Wissen ist Macht – Macht ist Wissen!«), der Volksbühnenbewegung, die besonders von Anarchist*innen getragen wurde, sowie auch der 1878 gegründeten Humboldt-Akademie. In der Humboldt-Akademie betrug der Beitrag pro Semester 7,50 Mark. Dafür konnten die Mitglieder Vorträge zu natur- und geisteswissenschaftlichen Themen besuchen. Alexander von Humboldt hatte mit seinen Kosmos-Vorträgen um 1827/28 den Grundstein für populärwissenschaftliche Vorträge gelegt. Überall in Europa entstanden um 1900 vergleichbare Initiativen – z.B. die Universités Populaires im französischsprachigen Raum oder auch in Skandinavien. Die fortschreitende Industrialisierung und der technische Fortschritt verlangten einen neuen Typus von Arbeitnehmer*innen – ähnlich wie die Digitalisierung einen neuen Bedarf für die (berufliche) Fort- und Weiterbildung schuf.

Die NS-Zeit stellte einen Einschnitt in der Geschichte der Volkshochschulen dar. Die Volkshochschulen wurden gleichgeschaltet. Sie dienten der ideologischen Schulung an der Heimatfront und waren eng mit nationalsozialistischen Organisationen wie »Kraft durch Freude« verbunden. Während der Zeit der deutschen Teilung existierten sowohl in Ost- als auch Westdeutschland Volkshochschulen. Die ideologische Bedeutung dieser – gerade in der ehemaligen DDR – sind bislang erstaunlicherweise noch nicht zum Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen geworden. In der Anfangsphase nach dem Zweiten Weltkrieg stand im Westen die Wiedergründung der VHS unter dem Zeichen der »Reeducation« (dtsch. Umerziehung), während in Ostdeutschland die »antifaschistische Bildungsarbeit« als ideologischer Überbau diente.

Der Bildungsauftrag klingt im 21. Jahrhundert ähnlich wie in der Gründungsphase. In der Satzung der VHS Pankow steht eingangs: »Wir garantieren den Bürgerinnen und Bürgern ein vielfältiges Bildungsangebot zum lebensbegleitenden Lernen. Wir fördern soziale Integration und die Chancen zur aktiven Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen und an deren Mitgestaltung.«

Heute klingt für viele Menschen Volkshochschule nur noch nach Sprachkursen, wo verrentete Lehrer*innen rumsitzen, Häkel- und Strickkursen für Leute mit zu viel Zeit sowie Computerkursen für Senior*innen. Also alles andere als frisch und revolutionär. Dementsprechend werden auch die Kurse zu politischen und philosophischen Themen erfahrungsgemäß kaum genutzt. (Abgesehen von ein paar Fachhochschulen, die mittlerweile ihren Studierenden den Besuch von VHS als Alternative zum Seminar- und Vorlesungsbesuch ans Herz legen.).

Die Hochzeiten scheinen aber vorbei zu sein. Wo einst die Teilnahme an Weiter- und Fortbildung mit dem Versprechen von beruflichem Aufstieg und höherem Gehalt verbunden waren, ist heute die Ernüchterung eingetreten, dass dies nicht in einem direkten Zusammenhang steht. Zudem werden die klassischen Aufgaben der Volkshochschulen – insbesondere berufliche Fortbildung – längst auch von anderen Trägern und Institutionen bedient. Die Konkurrenz ist groß. Dennoch hat sie heute immer noch – und vielleicht gerade angesichts von Aufkommen und Erstarken populistischer und rechter Tendenzen in der Gesellschaft – eine wichtige Funktion. Sie kann immer noch als eine demokratiefördernde Institution gesehen werden.

Einen anderen Aspekt, den der Bildungsforscher Ulrich Klemm in einem Beitrag zum 100-jährigen Bestehen erwähnt, ist der Beitrag der VHS zur Integration: »Spätestens mit Beginn des 21. Jahrhunderts spielen die Volkshochschulen eine gewichtige integrationspolitische Rolle. Mit Einführung des Integrationskurses als dem zentralen Bildungsinstrument in der Zuwanderungsgesellschaft werden Volkshochschulen zu dessen bundesweit stärkstem Anbieter.«

▲ Die VHS in Gevelsberg: Die Betonfiguren der Wittener Künstlerin Christel Lechner heißen »Alltagsmenschen« (Witten). Foto: Uli Frank

Am 20. und 21. September findet bundesweit die lange Nacht der Volkshochschulen mit einer Vielzahl von Veranstaltungen in unterschiedlichen Formaten statt. Die offiziellen Feierlichkeiten zum 100jährigen Bestehen der VHS haben bereits begonnen und werden auch 2020 noch fortgesetzt.

Website zur langen Nacht der Volkshochschulen: https://www.volkshochschule.de/veranstaltungskalender/veranstaltungen/hauptkalender/lange_nacht.php
Website zu »100 Jahre Volkshochschule«: https://www.100jahre-vhs.de

Neue Bildungsseite

Beginnend mit dieser Ausgabe wird es im zweimonatlichen Turnus – abwechselnd mit der Kulturseite – eine Bildungsseite in der CONTRASTE geben. Der Anspruch der Seite ist es, über Erfahrungen, Projekte und Kämpfe im Bildungs- und Pädagogikbereich zu berichten, d.h. neue Ansätze und Projekte zu Wort kommen lassen, vergessene Projekte aus der Versenkung zu holen sowie zur Vernetzung beizutragen. Dabei soll auch immer wieder mal über den deutschsprachigen Tellerrand geschaut werden.

Die Betreuung der Seite übernimmt Dr. Maurice Schuhmann, der seit Jahren sowohl im universitären als auch außeruniversitären Bildungssektor tätig ist und früher die Rubrik »Subversive Klangwelten« betreute.

Anregungen, Artikelangebote und Kritik können direkt an: maurice.schuhmann@yahoo.fr geschickt werden.

VEGGIE 1 UND VEGGIE 2.0 IN BERLIN

Mensa goes Veggie!

Während die Politik noch über einen Veggie-Tag an Mensen streitet und manch ein konservativer Politiker schon die Apokalypse prophezeit, wenn es kein Fleisch mehr in der Mensa gibt, machen die Unimensen in Berlin erfolgreich vor, dass Veggie angesagt ist. Seit April diesen Jahres existiert in Berlin eine rein vegane Mensa - »Veggie 2.0 - Die tiefgrüne Mensa«, die erste rein vegane Uni-Mensa Deutschlands. Die Zeiten, wo Vegetarier*innen und Veganer*innen in Mensen mit einer Zusammenstellung von Beilagen abgespeist werden, dürften damit endgültig der Vergangenheit angehören. Ihre Eröffnung fand bundesweit in der Presse Widerhall: Von taz bis FAZ wurde mit Interesse über jene Initiative berichtet - mal objektiver, mal polemischer.

MAURICE SCHUHMANN, BERLIN

Die Mensa befindet sich an der Technischen Universität Berlin – unweit auch des Hauptgebäudes der Universität der Künste – im gleichen Gebäude wie eine »normale« Mensa mit tierischen Produkten. Bereits 2010 wurde – ebenfalls in Berlin – die erste vegetarische Mensa eröffnet, allerdings an der Freien Universität Berlin in Dahlem. Diese wurde u.a. von der Tierrechtsorganisation Peta als vegan-freundlichste Mensa ausgezeichnet. Seitdem sind auch in anderen Städten vegetarische Mensen entstanden, z.B. in Nürnberg (Mensa St. Paul), bzw. wurden fleischlose Tage, d.h. Veggie-Tage in diversen Mensen eingeführt. Diesbezüglich hatte Bremen 2010 den bundesweiten Vorreiter markiert und einen solchen Tag durchgeführt. Mittlerweile beteiligen sich viele Mensen in den Großstädten an jenem Aktionstag. Es gibt es sogar Fachliteratur und Rezeptsammlungen für vegane Großküchen, so dass sich die Küchenchefs nicht mehr mit Einfallslosigkeit herausreden können.

In den Kampagnen für solche Veggie-Tage bzw. vegetarisch-vegane Mensen werden häufig folgende vier Aspekte ins Feld geführt: Förderung der Gesundheit, Umwelt- und Klimaschutz, Tierschutz, Beitrag gegen Hunger in der Welt (vor dem Hintergrund, dass die Weidefläche für Nutztierhaltung effizienter für pflanzliche Ernährung der Menschheit genutzt werden könnte).

Der Berliner Tagesspiegel brachte einen Beitrag zur Eröffnung der ersten (und bislang einzigen) rein veganen Mensa mit dem unpassenden Untertitel »Schmeckt trotzdem.«, obwohl man den großen Andrang nicht verleugnen konnte. Das Interesse ist trotz der vielen Mensaalternativen im Umfeld bislang ungebrochen, so dass die optimistischen Zielvorstellungen von 500 Gästen täglich durchaus realistisch sind. Das Angebot ist abwechslungsreich und reicht von diversen Vorspeisen, Salaten, Hauptgängen bis hin zu unterschiedlichen Desserts. Der Preis ist dabei mit 1,50 bis 2 Euro für ein Hauptgericht durchaus dem studentischen Budget angepasst. Für Externe sind die Preise etwas höher.

Neben der Qualität der angebotenen Speisen und den Preisen ist sicherlich auch ein Erfolgsgeheimnis, dass die Angestellten nicht versuchen, die Gäste, die sich augenscheinlich nicht nur aus Veganer*innen und Vegetarier*innen zusammensetzen, zu bekehren. Tierrechtsflyer oder Plakate, die Massentierhaltung als abschreckendes Beispiel zeigen, sucht man hier vergeblich. Diese tiefgrüne Mensa ist vielleicht nicht ein Vorbild für veganen Aktivismus, aber macht die Möglichkeiten eines praktischen Herangehens deutlich und zeigt auch den Bedarf für eine solche Mensa auf. Es bleibt zu hoffen, dass dieses Konzept bundesweit Nachahmer*innen findet.

Grüne Mensen in Berlin

Veggie - Die grüne Mensa
Van't-Hoff-Str. 6
14195 Berlin
https://www.stw.berlin/mensen/mensa-fu-veggie-i.html

Veggie 2.0 - Die tiefgrüne Mensa
Hardenbergstraße 34
10623 Berlin
https://www.stw.berlin/mensen/veggie2.0.html

Die Mensen sind jeweils von Mo. bis Fr. zwischen 11 und 15.30 Uhr geöffnet

Infos zum Veggieday: http://www.veggiday.de

ANZEIGE

REZENSIONEN

GEMEINSCHAFTLICHER KONSUM

Dieser Sammelband umfasst zwölf Beiträge, alle auf der Spur nach gemeinschaftlichem Konsum jenseits von Wachstumsansprüchen. Es werden also keine Geschäfts-, sondern Handlungsfelder und ihre Akteur*innen vorgestellt. Alle Aufsätze stammen aus der Feder von Sozialwissenschaftler*innen. Das erste Kapitel fasst drei Beiträge zum Thema »Postwachstum und gemeinschaftlicher Konsum« zusammen. Der zweite Themenblock befasst sich dann konkret mit Reparieren und dem gemeinschaftlichen Reparieren in Repair-Cafés. Im dritten Kapitel werden neue Ansätze im Bereich Nahrung und Ernährung wie das »Urban Gardening« vorgestellt, wogegen sich das letzte Kapitel mit dem Thema Medienhandeln und Kommunikation befasst.

Zugegeben, der Titel und die Einführung zur Struktur des Buches mutet etwas akademisch an und weist auf den Entstehungshintergrund im Rahmen einer Tagung 2016 an der Universität Bremen hin. Gleichwohl sind fast alle Beiträge verständlich geschrieben und spannend. Sie beschäftigen sich mit neuen Formen gemeinschaftlichen Handelns von Verbraucher*innen, die nicht darauf warten, dass sich im Kapitalismus eine an Nachhaltigkeit orientierte Postwachstumsökonomie durchsetzt, sondern die solche Formen selber erproben.

Eingebettet ist das Ganze natürlich in eine Theoriedebatte zu Degrowth oder Postwachstumsökonomie – deren prominentester deutschsprachiger Vertreter Niko Paech selbst einen Artikel beisteuert, in dem er Reparatur als Gegenmodell zur Obsoleszenz, also dem von Hersteller geplanten Verschleiß und der damit verbundenen Kurzlebigkeit der Produkte darstellt. Ebenfalls bekannt sind die Initiativen einer solidarischen Landwirtschaft, denen von der Soziologin Brigit Blättl-Mink eine soziale Perspektive zugeordnet wird. Projekte gemeinschaftlichen Reparierens in sogenannten Reparatur-Cafés werden genauso beschrieben wie die Wiederherstellung eines Mobiltelefons, das wieder zum Sprechen gebracht wird. Anschaulich dargestellt wird auch die Anlage und Pflege von urbanen Gemeinschaftgärten oder das »Mülltauchen« als soziale Handlungsform gegen Lebensmittelverschwendung.

Überhaupt zeichnen sich alle beschriebenen Projekte dadurch aus, dass sie in Gemeinschaft betrieben werden. Alle Initiativen geben Anregungen für ein gemeinsames Handeln an Plätzen, die von der profitorientierten Wachstumsgesellschaft vernachlässigt werden. Gleichzeitig tragen die Projekte zu Ressourcenschonung und zum Klimaschutz bei.

Abgeschlossen wird der Band mit einer Würdigung der Bedeutung der neuen Medien für die Verbreitung solcher Projekte. Darin wird u.a. die Internetplattform utopia.de mit ihren Empfehlungen für nachhaltige Produkte dargestellt.

Herbert Klemisch

Sigrid Kannengießer/ Ines Weller (Hg.), Konsumkritische Projekte und Praktiken - Interdisziplinäre Perspektiven auf gemeinschaftlichen Konsum, oekom Verlag, München 2018, 236 Seiten, 30 Euro

DIE SPONTIS DER 70ER JAHRE

Die Spontis sind heute vor allem mit narzisstischen Figuren verbunden, die später in der olivgrünen Partei Karriere machen, wie etwa Joschka Fischer oder Daniel Cohn-Bendit. Sebastian Kasper möchte eine andere Geschichte der Spontis schreiben, zumal eine solche aus linker Sicht bisher nicht wirklich vorliegt.

Die Spontis wollen »spontan« sein, daher rührt auch der Name, und wenden sich gegen das verknöcherte Politikmodell sowohl der Sozialdemokratie als auch der Anfang der 1970er entstehenden kommunistischen Gruppen. Kasper erzählt die Entstehung der Spontis aus dem Abschwung, wenn nicht dem Ende der 1968er Bewegung, und kann doch zeigen, dass und wie lange sich »die Spontis« noch auf »1968« beziehen. Kasper referiert anhand vieler Quellen zwei Schwerpunkte: Die Betriebspolitik (»Fabrikintervention«) der Spontis in Köln, Frankfurt/Main und München – wie auch deren Scheitern. Zweitens die »Wende« hin zu »alternativen« Vorstellungen ab 1974/75. Jetzt lösen sich organisierte Gruppen, wie etwa die »Arbeitersache« in München, auf, auch das Konzept der Massenmilitanz ist an eine Grenze gekommen. Nun stehen – auch – die eigenen Bedürfnisse im Mittelpunkt: Politik soll Spaß machen, der eigene Bauch wird entdeckt und die Projekte der alternativen Ökonomie beginnen. Quer dazu liegt die feministische Frauenbewegung, die auch vor 1974 bei den Spontis eine große Bedeutung hat.

Die Ausdifferenzierung der undogmatischen Linken setzt sich dann fort. Von Esoterik bis zum Neo-Operaismus der 1978 gegründeten und bis 1985 erscheinenden Theoriezeitschrift »AUTONOMIE. Neue Folge« (digitalisiert auf http://autonomie-neue-folge.org) öffnet sich ein weites Feld. Viele Spontis lassen nun diese Phase hinter sich, sie engagieren sich in Bürgerinitiativen oder eben den Grünen, die Bewegung als solche verebbt vollends.

Als Geschichtsbuch und zum »Einfach-Lesen« ist diese sehr preiswerte Veröffentlichung gut geeignet. Unter weitergehenden Ansprüchen ist sie kritisch zu sehen. Sich auf Frankfurt/Main und München zu beschränken, selbst wenn diese Städte die »Hot Spots« der Spontis waren, und es arbeitsökonomische Gründe der Recherche dafür gibt, wird der bundesweiten Bedeutung dieser Strömung, die ja bis in die Provinz reichte, nicht gerecht. Leider kann Kasper auch keine These dazu anbieten, warum sich die Spontis so unterschiedlich (auseinander) entwickelten; dass aus ihnen sowohl Realo-Grüne oder erfolgreiche Firmengründer*innen, wie auch kontinuierlich in der autonomen Bewegung engagierte Genoss*innen wurden. Wie konnte es geschehen, dass trotz des enormen intellektuellen Potentials der Spontis, diese – zumindest im Nachhinein betrachtet – vor allem eine Frischzellenkur für den damals beginnenden neoliberalen Kapitalismus waren?

Bernd Hüttner

Sebastian Kasper: Spontis. Eine Geschichte antiautoritärer Linker im roten Jahrzehnt; edition assemblage, Münster 2019, 254 Seiten, 14 Euro

FAIRER HANDEL GLOBAL

Bei dem Band handelt es sich um die Promotionsschrift der Geographin Jutta Kistler, angesiedelt in der Nachhaltigkeitsforschung. Waren, Rohstoffe und auch immer mehr Lebensmittel werden überregional gehandelt, Wertschöpfungsketten bestimmen die globalisierte Ökonomie. Die Untersuchung verknüpft vier Themen: Erstens fragt sie nach den Charakteristika von globalen Wertschöpfungsketten im Fairen Handel und danach, welche Rolle die Beziehungen zwischen den Akteur*innen spielen. Zweitens werden Zertifizierungen und Standards vor dem Hintergrund globaler Verflechtungen analysiert und die Handhabungen in Nischenmärkten und konventionellen Märkten gegenübergestellt. Dann werden die Auswirkungen auf die Markt- und Konsumentenregionen und zuletzt die Produzentenregionen unter die Lupe genommen.

Als Einführung sehr anschaulich zu lesen ist das Kapitel über die Entwicklung des Fairen Handels in Deutschland. Dieses Kapitel (S. 96-136) kann man auch eigenständig mit Gewinn lesen. Das Kapitel »Produzenten-Konsumenten Beziehung im Wandel« vermittelt für Akteur*innen im Fairen Handel einige Schlüsselinformationen und gibt Anregungen, wie die eigene Arbeit im Sinne von Professionalisierung verbessert werden kann. Dies reicht vom Story-Telling als mündliche Vermittlung von Produktinformationen über Hintergrundgeschichten bis zur Visualisierung u.a. im Rahmen der Produktverpackung. Herausgearbeitet wird die Wichtigkeit von Vertrauen und Glaubwürdigkeit für die Produzenten-Konsumenten Beziehung. Dabei wird der Wert der Solidarität als zentral für die Vermittlung zwischen Produzent*in und Konsument*in benannt, den der Importeur durch seine Glaubwürdigkeit und die Glaubwürdigkeit seiner Marke transportieren muss.

Die Autorin stellt fest, dass die Wachstumspotenziale im Fairen Handel immer machtvollere und größere Akteur*innen anziehen. Diese positionieren sich zunehmend auch an Schlüsselstellen der Ketten. Die zentrale Frage lautet daher, wie der Faire Handel ausgebaut und gleichzeitig die Glaubwürdigkeit bewahrt werden kann. Kann man werteorientierte Marktnischen ausweiten, ohne den moralischen Grundsatz zu verlieren? Dies wird im Fazit eher negativ beantwortet, denn »mit dem Reduzieren auf Mindestkriterien ist mittelfristig auch die Aufgabe von Grundprinzipien und grundlegen Zielsetzungen des Fairen Handels verbunden« (S. 311). Damit gehen den Produzent*innen wesentliche Grundvoraussetzungen für die Entwicklung ihrer Betriebe und der Lebensgrundlagen ihrer Familien verloren.

Die Arbeit besticht durch ihre klare Sprache und die Nachvollziehbarkeit der Arbeits- und Argumentationsschritte. Sie eignet sich also nicht nur für diejenigen, die sich wissenschaftlich mit der Thematik des Fairen Handels auseinandersetzen, sondern sie ist auch für Engagierte in diesem Bereich eine gute, aber leider recht teure Argumentationshilfe.

Herbert Klemisch

Jutta Kister: Von Wachstum und Werten - Globale Wertschöpfungskette im Fairen Handel, oekom Verlag, München 2019. 336 Seiten, 34 Euro

SELBSTVERWALTUNG UND WIDERSPRÜCHE

»Seit Heute-Nacht halten wir, Studenten der Jogu-Mainz, das Haus Mainusch besetzt!« – Dieser Satz zieht sich wie ein roter Faden durch das handliche Büchlein mit dem vielsagenden Titel »Kein Tag ohne«. Die erwähnte Nacht war der 8. Juni 1988, als das Haus Mainusch auf dem Campus der Mainzer Johannes-Gutenberg-Universität (Jogu) zum autonomen Kultur- und Kommunikationszentrum erklärt wurde. Mehr als drei Jahrzehnte später scheint es auch für die Autor*innen »wie ein Wunder«, dass das Mainusch »noch immer als sozialer Treffpunkt und Veranstaltungsort mit den gleichen bunt bemalten, bröckeligen Wänden anzutreffen ist«.

Doch diesem Wunder mit Selbstverwaltung, Partys, Plenen, Konzerten, Engagement gegen Rechts und vielem mehr droht wieder mal verstärkt das Ende (Contraste berichtete darüber im Juni). Damit stehen sowohl Geschichte als auch die aktuelle Situation des Mainusch exemplarisch für eine Dynamik der Gentrifizierung mit lukrativen Prestigebauten und steigenden Bodenpreisen, der linke Freiräume heute in ganz Deutschland ausgesetzt sind.

Die drohende Räumung des Hauses und des dazugehörigen Wagenplatzes hat das Autor*innen-Kollektiv zum Anlass genommen, von diesem Ort und den »zahlreichen, ineinander verwobenen Geschichten« zu erzählen. Inzwischen habe sich das Haus aus der studentischen Eigeninitiative zu »einer sichtbaren antifaschistischen Positionierung und einem Ort der Selbstverwaltung« gewandelt, an dem eine andere Welt möglich scheint. Die Autor*innen beschreiben das Haus »als Freiraum, als eine utopische soziale Vision von dem, was noch nicht ist, aber sein könnte, wenn wir die Veränderung bewusst gestalten lernen«.

In elf, teilweise reich illustrierten Kapiteln haben sie Fotos, Flugblätter und Erinnerungen unter unterschiedlichen Gesichtspunkten zusammengetragen – mal historisch, mal thematisch, aber immer mit reflektierendem Blick. So hat der Abschnitt zu Selbstverwaltung bezeichnenderweise den Zusatz »und Widersprüche« im Titel. Auch die Abschnitte zu Party und zum Plenum sind reich an alltagsnahen, teilweise misslungenen Versuchen, Freiräume zu gestalten. Grafische Einblicke in eine oft punkige Subkultur der vergangenen drei Jahrzehnte werden durch die leider nur schwarzweiß gedruckten Veranstaltungsplakate vermittelt.

Den Autor*innen ist ein authentischer Beitrag zur gesellschaftlichen Debatte um Gentrifizierung, »Linksextremismus« und Protest gelungen, da spürbar wird, dass sie aus der Perspektive von Menschen erzählen, die von Verdrängung bedroht sind, weil die Räume, die sie geschaffen haben, nicht profitorientiert sind und einer »anderen Logik des sozialen Miteinanders« folgen. »Kein Tag ohne« kann daher auch als beharrliches Dranbleiben an den eigenen Utopien gelesen werden.

Peter Streiff

Leonida Dada, Peter Snackosaurus, Myra Bitter und Theo D. Zeh als das Kollektiv: Kein Tag ohne - Selbstverwaltung, Widerstand und Widersprüche im Haus Mainusch, 136 Seiten, Ventil Verlag, Mainz, 2019, 12 Euro

VOM NEUEN »WIR«

John Holloway, Autor des in alternativen Kreisen stark beachteten Werks »Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen«, hielt am »California Institute for Integral Studies« im April 2013 drei Vorlesungen an der Fakultät für Anthropologie und sozialen Wandel. Dem Unrast Verlag ist es zu verdanken, dass sie seit 2017 in deutscher Übersetzung nachzulesen sind. Sie bieten eine lebendige Einführung in Holloways Gedanken zur Möglichkeit der Überwindung des kapitalistischen Systems mit seiner »Dynamik des Todes«. Keine Frage: Diese Gedanken verdienen es, breit diskutiert und in die Praxis umgesetzt zu werden. Inspiriert sind sie – neben einer fruchtbaren Marx-Rezeption – von der Bewegung der Zapatistas in Chiapas. Die Rezeption wird befördert durch Holloways bildreiche und allgemeinverständliche Sprache. Solche ist ja unter Philosophen und Politologen nicht allzu verbreitet. Appetithappen gefällig? »Wir treten über die Ufer unserer Identitäten«; »Risse in der dicht gewobenen Struktur der Herrschaft«; »Sperrgebiete, in denen wir dem Kapital, dem Geld nicht die Herrschaft überlassen«; »Der Herrscher ist immer auf den Diener angewiesen, und darin liegt die Hoffnung«.

Überhaupt: Hoffnung! Durchgängig vermitteln Holloways Texte Hoffnung. Er unterstützt antikapitalistische Bewegungen weltweit, auch so verhältnismäßig kleine wie das »Elevate-Festival für zeitgenössische Musik, Kunst und politischen Diskurs« in Graz, wo er 2014 eine mitreißende Rede auf Deutsch hielt.

Erklärtes Lieblingsprojekt Holloways ist der Navarino Park in Athen (siehe Seite 4). Die Anwohner*innen besetzten einen Parkplatz, brachen den Betonboden auf, pflanzten Bäume und Sträucher und errichteten einen Kinderspielplatz. Heute ist dieser Park eine Oase und steht für eine funktionierende Selbstverwaltung. Hier züchten die Nachbar*innen Gemüse, organisieren Konzerte und Vorträge, diskutieren, wie sie die Grundlage für eine andere Gesellschaft errichten können, berichtet Holloway. Sie werden angeregt, sich weiter kundig zu machen im gar nicht so kleinen »Halbinsel-Reich« alternativer Ideen und Projekte (so nennt Friederike Habermann die Ausstiegs-Experimente gegen die Marktlogik). Sie alle stellen die menschliche Würde wieder her, die die Geldwirtschaft uns raubt. Und da das Kundig-Machen allein nicht reicht, feiert Holloway das Tätig-Sein in verschiedensten Formen. Er definiert das Selbstverständnis des »Wir« als »Bewegung des Tätigseins gegen die Arbeit«. Dabei warnt er vor jeder Überheblichkeit eines verfehlten Avantgardismus und stellt immer wieder Fragen. Er ermutigt uns, dem Beispiel der Zapatisten zu folgen, die erklären: »fragend schreiten wir voran«.

Ariane Dettloff

Link zu Holloways Videos: http://www.johnholloway.com.mx/category/videos

John Holloway: Wir sind die Krise des Kapitals ... und stolz darauf. Die San-Francisco-Vorträge. Unrast Verlag Münster 2017, 102 Seiten, 9,80 Euro

TERMINE UND KLEINANZEIGEN

TERMINE

RECOVERY-WORKSHOP

Krise als Chance!?
20. bis 22. September
(Wiesenburg/Mark)

Das Wochenendseminar in ländlicher Umgebung richtet sich an Menschen mit Krisen- und Psychiatrieerfahrungen. Die Teilnehmenden werden auf ihrem persönlichen Weg unterstützt, bewusst mit psychischen Krisen umzugehen und zu entdecken, welchen Sinn — vielleicht sogar Gewinn, die Krisen im Leben haben könnten.

Ort:
Seminarzentrum »Sensthof«,
14827 Reetz,
Gemeinde Wiesenburg/Mark
Info: https://www.krisen-fest.de/recovery

KRITJUR KONGRESS

zur Transformation des Wirtschaftsrechts
20./21. September
(Berlin)

Der Kongress ist das fünfte Vernetzungstreffen der kritischen Jurist*innen (https://kritjur.org), ein pluraler Zusammenhang von Jurist*innen mit rechtskritischer, radikallinker, feministischer, sozial-ökologischer o.ä. emanzipatorischer Ausrichtung. Es geht um Räume zur Reflektion des Berufsalltags, der politischen Handlungsfähigkeit und der kritischen Theoriebildung auch nach der universitären Ausbildung. Die Teilnahme am Kongress ist umsonst. Spenden zur Deckung der Kosten sind willkommen.

Anmeldung:
https://eveeno.com/287380447
Ort:
Schule für Erwachsenenbildung,
Gneisenaustraße 2a,
10961 Berlin

KLIMASCHUTZ

Rems-Murr for future
20. bis 29. September
(Rems-Murr)

Dem Aufruf der globalen FFF-Bewegung folgend, veranstaltet das Aktionsbündnis Klimaschutz Rems-Murr eine Aktionswoche zu den Themenfeldern Klimagerechtigkeit, FairTrade, Gemeinwohlökonomie, Permakultur, solidarische Landwirtschaft und Mobilität der Zukunft. Eine ganze Woche lang wird es kostenfreie Vorträge, Workshops, Filmvorführungen und Diskussionsmöglichkeit geben, gerade auch für Schüler*innen.

Info: www.aktionswoche-klimaschutz.de

DIGITALE BEZIEHUNG

Leben zwischen Bits & Bytes
17./18. Oktober
(Wien)

Geht das überhaupt – Digital und Beziehung? Wo ersetzt die Maschine den Menschen und wo wird das nie der Fall sein? Was geschieht dann, wenn sich die Arbeit von Mensch und Maschine verbindet? An beiden Tagen wollen Antworten auf diese und noch viele weitere Fragen gefunden werden. Der erste Tag steht im Zeichen der Innovation, des Netzwerkens, von Impulsvorträgen, Marktplätzen und einer Keynote sowie des Feierns. Der zweite Tag wird im Format eines BarCamps ablaufen in Workshops, Vorträgen oder Diskussionen. Hier tauscht mensch zum Veranstaltungsthema »Digitale Beziehung« Erfahrungen und Wissen aus, kann Kontakte knüpfen sowie Ideen und Projekte diskutieren.

Ort: Novotel Wien,
Canettistraße 6,
1100 Wien
https://www.digitalebeziehung.com

GLOBALER KLIMASTREIK

Unser Haus brennt - tun wir etwas dagegen
20. bis 27. September
(Weltweit)

Der Global Climate Strike wird anlässlich der UN Klimakonferenz in New York veranstaltet. Die Organisator*innen wünschen sich ein breites Bündnis verschiedener Akteur*innen und Menschen jeder Generation, um gemeinsam den Streik groß zu machen. Mit diesem Streik soll nicht nur auf das Klima-Thema aufmerksam gemacht werden, sondern auch auf die Zusammenhänge mit anderen sozialen und gesellschaftlichen Fragen.

Info: https://de.globalclimatestrike.net/

GEWALTFREI AKTIV

für die Vision einer Welt ohne Gewalt und Unrecht
19./20. Oktober
(Landkreis Sigmaringen)

Zu dieser Tagung sind Menschen eingeladen, die sich für eine gerechtere, friedvollere und zukunftsfähige Welt engagieren wollen. Nach den Vorträgen wird es Gelegenheiten zum Austausch geben und am Sonntag bietet eine Wanderung auf der Schwäbischen Alb die Möglichkeit, in Bewegung und in Gemeinschaft mit anderen, das am Vortag Gehörte und Erlebte sich setzen zu lassen.

Ort:
Lebenshaus
Schwäbische Alb,
72501 Gammertingen
Info: https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/012408.html

INTENSIVSEMINAR

Europa rückt nach rechts
31. Oktober bis 3. November
(Bad Hersfeld)

Rechte Parteien, die in den Medien gerne mit der Bezeichnung »Populisten« bezeichnet werden, gewinnen europaweit mehr Sitze bei Wahlen. Doch »Populismus« oder »besorgte Bürger« sind viel zu schwache Bezeichnungen für Menschen, die Geflüchtete im Mittelmeer ertrinken oder in Libyen in der Sklaverei verschwinden lassen. Faschismus ist keine Vergangenheit. Er ist Gegenwart.

Ort: Ev. Jugendbildungsstätte am Frauenberg, Bad Hersfeld
Kosten: 150 Euro
Info: https://www.chrisoz.de

GENOSSENSCHAFT

Sozialgenossenschaften erfolgreich gründen
20./21. November (Stuttgart)

Die gemeinschaftliche Selbsthilfe in der Rechtsform der Genossenschaft erlebt aktuell eine Renaissance. Sozialgenossenschaften in vielfältigen Facetten werden erfolgreich auf den Weg gebracht. Erfreulicherweise existieren auch finanzielle Unterstützungen für solche innovativen sozialgenossenschaftlichen Konzepte. Praktisches Wissen über Neugründungen sowie die einzelnen Schritte von der Konzeptentwicklung bis zur Eintragung einer Genossenschaft ist allerdings wenig verbreitet. In dem Seminar werden die wichtigsten Anforderungen mit umfangreichen Gründungshilfen und -werkzeugen vermittelt.

Ort: Paritätisches Mehrgenerationenzentrum, Hauptstr. 28, 70563 Stuttgart
Info: www.akademiesued.org

KLEINANZEIGEN

IMMOBILIE FÜR WOHNPROJEKT GESUCHT!

Wir wollen gründen und suchen einen Hof mit Ausbaureserve zum Kauf für 5+ Parteien mit Werkstattgebäude, Land für Selbstversorgung. Lage: zwischen HH - Ostsee oder HH - Berlin, Wendland. Gerne in Nähe zu anderen Kommunen & ökologischen Hofgemeinschaften. Danke für eure Hinweise an: *wohnen-fuer-generationen@gmx.de*

GÖTTINGER MEDIENBÜRO

erstellt Druckvorlagen für Broschüren, Kataloge, Flyer, CD-Co-ver und Plakate, übernimmt Archiv-Recherchen, liefert Fotos, formuliert und redigiert Beiträge und Texte.
Anfragen an:
contact@artinweb.de,
www.artinweb.de

EIN LINKER VERTEIDIGER IM INTERNATIONALEM VÖLKERBALL

sucht dringend einen Platz für sich, seine Werkstatt und interessanten Projekten. Im städtischen oder Ländlichem Raum. Nicht höflich aber freundlich. Die Andersartigkeit sehe ich eher als Bereicherung denn als Bedrohung. Die Krise als besondere Chance. In Verantwortung der kommenden Generationen und zum Erhalt der wunderbaren Kreationen der Evolution. Näheres gern im persönlichem Treffen.
Kontakt über info@extralinks.de

ESDESIGN

Brauchst du ein Design oder Layout für deine Logos, Broschüren, Zeitungen oder Bücher?
Infos: eva@evasempere.com

Kleinanzeigen

Wir bieten Initiativen und Projekten hier Platz für ihre Gesuche und Angebote. Die Kleinanzeigen sind kostenlos. Wir freuen uns über eine Spende! Die Redaktion behält sich eine Auswahl der gesendeten Kleinanzeigen vor. Bitte schickt eure Anzeigentexte an: koordination@contraste.org

ANZEIGEN

graswurzel revolution
Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft
Probeheft kostenlos:
www.graswurzel.net

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

Niddastr. 64 VH · 60329 FRANKFURT
express-afp@online.de
www.express-afp.info
Tel. (069) 67 99 84

Ausgabe 7/19 u.a.:
- Stephan Krull: »Ohne Plan? Ohne uns!« – Gewerkschaften, Klimawandel und Mobilitätswende
- Die Bewunderer des Hilarius Gilges: »Die Zerstörung der IG Metall?« – Über den gewerkschaftlichen Umgang mit der ökosozialen Krise
- Gottfried Oy: »50 Jahre Sozialistisches Büro« – Eine Tagung zu Geschichte und Gegenwart der undogmatischen Linken
- Gregor Kritidis: »Sozialismus und Grundgesetz« – Die Enteignungsdebatte: Soziale Demokratie statt Verstaatlichung
- Tobias Hollinger: »Wenn Frau will, steht alles still« – Der Frauenstreik am 14. Juni in der Schweiz
- Sarah Lazare: »Prolls gegen Ökos?« – US-Medien instrumentalisieren Bergleute, um den Green New Deal zu attackieren

Probelesen?! Kostenfreies Exemplar per mail oder Telefon bestellen

IMPRESSUM

Monatszeitung für Selbstorganisation
Erscheint 11 mal im Jahr ISSN 0178-5737

HERAUSGEBER
Contraste, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Schönfelderstr. 41A
34121 Kassel

Anfragen: info@contraste.org
Verein: vorstand@contraste.org
Redaktion: redaktion@contraste.org

www.contraste.org

CONTRASTE wird von etwa 20 Redakteur*innen erstellt. Sie schreiben aus Überzeugung und ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional-und Fachredaktionen zusammen. Aboverwaltung und Vertriebsvorbereitung und Rechnungsstellung erfolgt über das Contraste-Büro in Kassel.

V.I.S.D.P.: Regine Beyß
Es gilt die Anzeigenpreisliste 2018.

REDAKTIONEN

BERLIN:
Ulrike Kumpe
✉ ulrike.kumpe@contraste.org
Maurice Schuhmann (Bildung)
✉ maurice.schuhmann@yahoo.fr
BREMEN:
Bernd Hüttner (Rezensionen)
✉ bernd.huettner@contraste.org
ELBSANDSTEINGEBIRGE:
Johannes Dietrich
✉ johannes.dietrich@contraste.org
FREIBURG:
Burghard Flieger (Genossenschaften)
☎ (07 61) 70 90 23
✉ genossenschaften@t-online.de
GÖTTINGEN:
Kai Böhne (Anzeigen)
✉ kai.boehne@contraste.org
HAMBURG:
Hilmar Kunath
☎ (0 40) 39 90 41 96
✉ hh.kunath@web.de
KASSEL:
Regine Beyß
✉ regine.beyss@contraste.org
KÖLN/BONN:
Heinz Weinhausen
☎ (01 70) 58 38 900
✉ heinz.weinhausen@contraste.org
Ariane Dettloff
☎ (02 21) 31 57 83
✉ ariane.dettloff@contraste.org
SPROCKHÖVEL:
Uli Frank
✉ ulifrank@unverdient.de
STUTTGART:
Peter Streiff
☎ (0 71 44) 33 22 56
✉ peter.streiff@netz-bund.de
ÖSTERREICH:
GRAZ:
Brigitte Kratzwald
☎ 0043-699 11 28 65 57
✉ brigitte.kratzwald@commons.at
KLAGENFURT:
Hans Wieser (Termine)
✉ hans.wieser@contraste.org /

HERSTELLUNG

ANZEIGEN
Kai Böhne
✉ anzeigen@contraste.org

ABOVERWALTUNG
Eva Schmitt
✉ abos@contraste.org

BILDREDAKTION
Regine Beyß und Eva Sempere

LAYOUT
Eva Sempere
✉ layout@contraste.org

TERMINE
Hans Wieser
✉ termine@contraste.org

IT-BETREUUNG
Vadim und Steffen, netz.koop eG
https://netz.coop
✉ webmaster@contraste.org

DRUCK
Freiburger Druck GmbH und Co KG

Facebook: www.facebook.com/contrastemonatszeitung
Twitter: @conraste_org
Mailingliste: http://lists.contraste.org/sympa/info/contraste-liste